

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1914

14 (17.1.1914) Erstes Blatt

Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Aufgabe täglich mit Ausnahme Sonntags u. der gesetzl. Feiertage. Abonnementpreis: Zugew. monatl. 75 P., vierteljährl. 2,25 M.; abgeholt monatl. 85 P.; am Posthalter 2,10 M., durch den Briefträger 2,50 M. vierteljährlich.

Geschäftsstunden: 7 bis abends 7 Uhr. Postfachkonto Nr. 2860. Telefon: Nr. 128, für Redaktion Nr. 481.

Inserate: Die 6spaltige, 11. Zeile, oder deren Raum 20 P. Sofortiger Schluss d. Inseratennahme 10 Uhr vorm., für größere Inserate am Nachmittag zuvor. Druck u. Verlag: Buchdruckerei Wed & Cie., Karlsruhe.

Die heutige Nummer umfaßt 14 Seiten.

Allgemeine Finanzdebatte im badischen Landtag.

Vierter Tag.

Die allgemeine Finanzdebatte wurde gestern in zwei Sitzungen zu Ende gebracht. Von der zweiten Serie der Parteiredner kam zunächst der Abg. Dr. Schofer zum Wort, dessen Rede ganz auf das System „Waldmichel“ zugeschnitten war. Herr Schofer erhielt zwar von seiner Fraktion sehr viel Zustimmung, allein die Bedeutung seiner Rede wurde dadurch nicht größer. Die Entrüstung, die Herr Dr. Schofer sorgfältig münzt, macht nicht den Eindruck der Natürlichkeit. Soweit Herr Dr. Schofer polemisch operierte, konnten seine Ausführungen nicht imponieren. Mehr Glück hatte er mit seiner Kritik — das Jesuitengesetz.

Eine glänzende Rede hielt dann Genosse Dr. Frank. Seine Abrechnung mit dem Zentrum, seine demagogische Wahlagitatio und seine doppelzüngige unwahre Politik machten im ganzen Hause tiefen Eindruck. Mit ägender Ironie geißelte er auch die Konserverativen, die sich als rechtsstehende Vereinigung bezeichnen, aber offenbar nur deshalb, weil einige ihrer Mitglieder zu weit links stehen. Mit großem Geschick verteidigte Gen. Frank die Stellung der Jahresunterfeier. Eine sehr treffende Kritik übte unser Genosse auch an dem Staatsminister, der sich veranlaßt gesehen hat, den preussischen Junker Graf York von Wartenburg in Schutz zu nehmen.

Die Rede des Genossen Dr. Frank rief drei Minister auf den Plan, den Staatsminister v. Dusch, Herrn von Bodman und Herrn Rheinboldt, die zu einigen Bemerkungen unseres Redners kurz Stellung nahmen. In der Nachmittags-Sitzung hielt der nationalliberale Abg. Dietrich eine geharnischte Philippika gegen die Konserverativen und das Zentrum, die teilweise recht lebhaftes Stimmgeben hervorrief. Der zweite Redner der Fortschrittler, Abg. Hummel, verbreitete sich ausführlich über die finanzpolitischen Fragen. Im politischen Teil seiner Rede wandte sich Herr Hummel sehr scharf gegen das Zentrum, dessen Kampfweise die Grenzen der Zulässigkeit weit überschritten.

Die Konserverativen schickten als zweiten Redner den Abg. Fischer, der früher bei den Fortschrittlern war, ins Feld. Er bekannte sich als Vater des konserverativen Antrags auf Verstaatlichung der Volksschule und verbreitete sich über den langen und breiten über den Schulhausbau in seiner Heimatgemeinde. Für die Pflicht vom Lande machte der Redner die Beamten verantwortlich. Wir sind nun gierig, ob der „Bad. Beob.“ auch gegen den konserverativen Redner die Beamten losläßt.

Da die weiter vorzumerken Redner auf das Wort bezogen, konnte der Präsident die Debatte kurz nach 6 Uhr abends schließen.

14. Öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer.

Karlsruhe, 16. Januar.

Präsident Rohrbach eröffnet die Sitzung um 9.25 Uhr. Am Regierungstisch: Staatsminister v. Dusch, die Minister v. Bodman, Dr. Rheinboldt, Dr. Böhm. Im Eingang befinden sich eine Petition des Vereins badischer Schirmmeister um Vermehrung der Stellen in Geheulklasse H 3 betz.

Fortsetzung der Finanzdebatte.

Abg. Dr. Schofer (Ztr.) behandelt eingangs einige Fragen von Wirtschaftspolitik. Der Redner wendet sich gegen die Demotoren, bei denen alle Stellungen zu den Jollen vertreten sind: Aufrechterhaltung, Abbau und Abschaffung der Jolle. Es freut mich, daß die Regierung ihr Eintreten für die bisherigen Schuljolle zugiebt. In unseren Schulen wird mehr geleistet als es vom Abg. Kolb hingestellt wird. Durch das Vorkommen in den Schulen wird Ratwendiges vernachlässigt. Das Vorkommen bedeutet eine Verflüchtigung an den Kindern. Zu den Wahlen ist Verstandes zu sagen. Mir scheint, daß man sich darüber einig ist, daß der Großhaushalt sehr schwere Hiebe bekommen hat. Die Linke stellte sich das Ziel, eine Zweidrittelmehrheit zu erobern; von diesem Ziel ist sie weit entfernt. Die schwerste Niederlage erlitt die Sozialdemokratie. Einem Teil der Ursachen kamen die Herren Rebmann und Benedy nahe. Der Erfolg von 1909 rächte sich jetzt. Was die Beamten betrifft, so läßt sich über diese manches sagen. Als im Jahre 1909 die Beamten sozialdemokratisch wählten, hörte man andere Töne als jetzt. Wenn die Offenburger Eisenbahner diesmal anders wählten, so haben sie die Gehaltstabelle und Weichstuhlpolitik satt. Die Benutzung der Dotationskonferenz kann ich nicht als Demagogie empfinden. Auf die Demagogie verweist die Sozialdemokratie besser. (Abg. Kolb: Sie sind jedenfalls darin Meister!) Es ist Pflicht jedes Geistlichen, gegen die Unterminierung des Glaubens Front zu machen. Die sozialdemokratische Presse arbeitet vielstoch für den Kirchenaustritt. Da wäre es eine Pflichtvergessenheit der Geistlichen, dagegen nicht Front zu machen. Die mabidischen Völke sind die Augen aufgegangen und es will eine andere Politik. Daß die Sozialdemokratie im Großhaushalt die Führung hat, kann nicht bestritten werden. Das badische Volk will nicht die Abhängigkeit von der Sozialdemokratie, das ist die wahre Ursache des Ausfalls der letzten Wahlen. Wenn gesagt wird, daß das Zentrum die politische Herrschaft in Baden will, so ist das lediglich ein Bauwau weiter nichts. Die Zentrumspartei der nationalliberalen

Partei in Baden macht sich bemerkbar. Wir wollen keine reaktionäre Politik; wir wollen aber auch keine revolutionäre Politik. Neben Herrn Kolb gibt es auch eine Rosa Luxemburg. Die Sozialdemokratie kann auch russisch werden. Es gibt auch badische Abgeordnete, die in Berlin über den Massenstreik reden. Was die Sammlungspolitik betrifft, so sagte Wader schon 1908, daß man die Nationalliberalen gegen die Sozialdemokraten unterstützen soll. Wenn allerdings nationalliberale Großblodgegner einen sozialdemokratischen Präsidenten wählen, so muß man sich fragen ob diese Sammlungspolitik noch einen Wert hat. Die Kirche muß als Religion international sein. Die Sozialdemokratie ist nicht national, sondern international. Was die Klosterfrage betrifft, so hoffen wir, daß endlich diese Hoffnung der Kirche erfüllt wird. Es ist dies eine Forderung der Gerechtigkeit und eine Forderung der Freiheit. Als vor einem Jahrzehnt diese Frage schon einmal schwebte, da ließen die Nationalliberalen im ganzen Lande umher und riefen eine Hege dagegen ins Leben. Auch der Jesuit hat ein fühlendes Herz, das man nicht vom deutschen Vaterlande ausschließen soll. Die ganze Jesuitenfrage ist ein Unrecht, das nun schon 50 Jahre besteht. Der gesamte babilische Merus wünscht die Rückkehr der Jesuiten. Die neue Verordnung gegen die Jesuiten war ein Unrecht. Die Gründe für das Jesuitengesetz kommen aus dem 16. und 17. Jahrhundert. Wenn ein Teil der Katholiken Orden verlangt, so muß man sie ihnen geben. Die Regierung sollte dafür sorgen, daß die Katholiken freudigen Herzens Schuler an Schuler gegen den äußeren und inneren Feind kämpfen. (Weiß im Zentrum.)

Kultusminister Dr. Böhm: Herr Abg. Schofer stellte das Jesuitengesetz als ein Unrecht, als eine Ungeheuerlichkeit hin. Ich will jetzt nicht die Gründe für das Jesuitengesetz entwickeln, über die wir uns doch nicht verhandigen werden. Heute interessiert uns nur die neue Interpretation vom November 1912. Da muß ich sagen, daß mir, seit ich Minister bin, zwei Fälle über eine Tätigkeit der Jesuiten entgegen der Verordnung bekannt wurden. Wir gingen jedoch nicht im geringsten vor. Da kam der bayerische Antrag, womit der Bundesrat in die Lage kam, eine neue Interpretation zu schaffen. Damit mußten wir zu einer gewissen Verständigung gegen den früheren Zustand kommen. Nun mußte sich das Ministerium entscheiden, wie es sich zu den Vorträgen des Jesuitenpaters Cobanus stellen sollte. Da gilt nun die Tatsache, daß Rechtsinterpretationen sofort, ja sogar rückwirkend, in Kraft treten. Die Erklärung wurde dem Jesuitenpater Cobanus in besserer Form gemacht. Als ich die Anknüpfung der Freiburger Verfassung las, war ich betrübt, weil ich sah, daß gerade durch die Art der Ankündigung dieser Vorträge wirklich religiöse Gefühle verletzt werden mußten. Gelegentlich des Forstheimer Vortrags wurde im „Pfälzer Boten“ gesagt, daß die Katholiken sich nicht nach der Verordnung richten sollten. Wenn ein Jesuitenpater über die „Wahrheit über seinen Orden“ spricht, so muß er aus selbstverständlichen Gründen auf religiöse Fragen zu sprechen kommen, was eben nicht angängig ist. Ich gebe zu, daß die Interpretation des Jesuitengesetzes auf Schwierigkeiten stößt. (Abg. Kopp: Wann hätten Sie nicht zustimmen sollen.) Ich gebe zu, daß ich, wenn die Frage jetzt im Bundesrat behandelt würde, auf diese Schwierigkeit hinweisen würde. (Weiterkeit.) Man ist darnach klüger als früher. Ueber die Klosterfrage kann ich heute noch keine Erklärung abgeben. Mein Standpunkt ist der meines Vorgängers, demgemäß keine badische Regierung die Frage prinzipiell ablehnen kann. Ich hoffe, daß die Verhandlungen nicht unmöglich gemacht werden. Der Aufwand für die Volksschulen in den letzten Jahrzehnten ist stets geblieben. Wir können uns neben anderen Staaten wohl sehen lassen. Zugewonnen muß allerdings werden, daß im Verhältnis die drei Hochschulen uns viel Geld kosten. Wir werden sehen, daß wir unsere Schulen auf der Höhe halten, auf der sie jetzt stehen. Wir haben eine blühende Volksschule. Was die Zimmungen an die Schulen betrifft, so muß zugegeben werden, daß sie vielfach sehr hohe sind. Ich werde darauf sehen, daß nicht das Vorkommen in der Volksschule herrscht, sondern das Grundliche. Es ist eine feste Hand nötig, wie Abg. Schofer mit Recht sagte, um von den Schulen die vielen neuen Experimente fernzuhalten. Die Volksschule kann nur dann gut sein, wenn der Lehrerstand ein guter ist, wozu gute Gehälter nötig sind. Ich bin der Ansicht, daß viel zu viel höhere Schulen bestehen und zu viele Schüler in diese gehen. Ich werde in dieser Hinsicht Mäßigkeit veranlassen. Der Antrag der Konserverativen auf Verstaatlichung der Volksschule wunderte mich sehr. Abg. Kolb sagte mit Recht, daß das eine Forderung der Demokratie sei. Wenn der Abg. Vansbach berechnet, ob das Land besser fährt, wenn der Staat alle Kosten der Volksschulen, auch die der Städte, übernimmt, so wird er zu anderen Ansichten kommen. Ich kann für diese Verstaatlichung nicht die Verantwortung übernehmen. Der Abg. Rehner machte andere Vorschläge. Abg. Kolb ist, wie ich gesehen muß, ein besserer Rechner, als Abg. Vansbach. (Abg. Sühling: Ein schöner Vergleich.) Die von Abg. Rehner gegebenen Anregungen auf Arbeitsleistung bei den Hochschulen lassen sich leider nicht verwirklichen. Was Abg. Kolb über die Anknüpfung der großen Vermögen bei einzelnen Vermögen sagte, so muß gesagt werden, daß die Besitzer der großen Vermögen auch große Schenkungen machen, wofür wir ihnen dankbar sind. Den Städten müssen wir für ihr Entgegenkommen bei den Schulbauten, besonders in Heidelberg, Freiburg und Karlsruhe, dankbar sein. Beim Fall der Lehrerin in Meßelhausen mußte die Regierung so verfahren, wie es der Fall war, da sonst ein Widerspruch mit dem Gesetz, das simultane Schulen vorschreibt, entstanden wäre. Die Staatsbehörde muß auf alle Fälle hochgehalten werden. Die Großregierung wird daran festhalten, daß an dem simultanen Charakter der Volksschule nicht gerüttelt werden kann.

Abg. Dr. Frank (Soz.):

Was wir heute vom Abg. Dr. Schofer hörten, war eine Art schwarzer Marcellaise. Der Jubel des Zentrums im Lande nach dem Ausfall der Wahlen fand hier kein Echo. Was Herr Abg. Schofer als Ergebnis seiner Forderung über den Wahlausfall erwähnte, ist nicht wichtig. Dem Abg. Schofer und seiner Partei fehlt jeder Beruf über revolutionäre Kampfweise zu Gericht zu sitzen.

Denn was wir heute vom Zentrum über die Stellung des Zentrums zum Volk Gehaus und zu andern Jollen hörten, ist nicht nur ein Ausfluß revolutionären Geistes, sondern das was geschah, waren auch revolutionäre Handlungen. Gleiches gilt von der Stellung des Zentrums zur Monarchie, denn der Waldmichel, der bis heute noch nicht abgeschüttelt wurde, ist revolutionär. Der Kampf des Zentrums gegen die Sozialdemokratie wird nicht aus prinzipiellen Gründen geführt, sondern aus taktischen Ursachen. Am besten beleuchtet dies die Tatsache, daß das Zentrum sich jetzt fragt, ob es bei diesen Ergebnissen es sich nicht überlegen muß, wieder nationalliberale Kandidaten zu wählen. Der Kampf des Zentrums gegen uns erfolgt nicht aus den geistigen Motiven, den Kampf gegen die „Revolution“ zu führen, sondern ist eine rein taktische Frage. Herr Schofer äußerte sich auch noch über Demagogie. Gerade die Art, wie er dies tat, beweist jedoch, wie er zur Demagogie steht. Ich behaupte, daß die

Zentrumspartei

jahrzehntlang das übte, was sie den andern bürgerlichen Parteien heute vorwirft, nämlich die Unterstützung der Sozialdemokratie. Abg. Schofer behauptet, mein Freund Kolb hätte vorgestern in seiner Rede Vorwürfe gegen die Beamten gemacht. Es ist dies nicht richtig. Abg. Kolb erkannte sehr wohl die Notwendigkeit und Tüchtigkeit der Beamten an. In dem Wahlausfall ist vor allem schuld die

Ausbeutung der Religion

in einer Weise, wie es noch nie der Fall war. Die letzte Wahl war eine Art

Religionskrieg.

Die Flugblätter beweisen dies. In diesen wurden z. B. Zustände in Frankreich in fraglicher, entstellendster Form geschildert. Das Ziel der Sozialdemokratie wird als die Schändung der katholischen Religion hingestellt. Ich halte derartige Ausfälle, wie z. B. in der „Waldmichel Zeitung“, aus der der Redner einige Stellen verliest, für eine

Infamie.

In einem weiter verlesenen Wahlflugblatt heißt es, daß, wenn man die schreckliche Schändung der Religion verhindern wolle, so kann die Parole nur heißen: Spang. (Weiterkeit.) Die Mundtörmung der Gegner spielte wieder eine große Rolle im Wahlkampf. Viele Lokale wurden uns vom Zentrum gesperrt. Ein Beweis für dessen Toleranz und Freiheit. Eine große Rolle spielte das letzte Steuergesetz. Das Einkommensteuergesetz wurde im Wahlkampf in bedenklichster Weise umgedeutet und ausgeschlachtet. Die früheren Mitglieder des Hauses werden sich erinnern, wie sehr gerade von der Linken versucht wurde, beim Steuergesetz Erleichterungen für die wenig Verfügenden herauszuschlagen. Die Regierung erklärte auf das bestimmteste, daß sie nicht weiter gehen konnte. Das Gesetz wurde dann angenommen. Das Zentrum stimmte auch dafür. Was wurde aus dieser Annahme gemacht? In entstellendster Weise wurden diese Dinge ausgenützt und uns vorgeworfen, wir hätten „Volkswerrat“ geübt.

Nach dem Kampf, den Sie (die Rechte) mit so bedenkliehen Mitteln führten, hätte man meinen sollen, daß Sie jetzt nach den Wahlen für die großen Forderungen des Volkes eintreten würden. Was tun Sie aber? Ihre Haupttätigkeit erschöpfte sich in der Behandlung der Jesuiten- und Klosterfrage.

Und zur Durchführung Ihrer Wünsche brauchen Sie die Partei, die Sie so bekämpften.

Um Ihre diesbezüglichen Wünsche durchzuführen, brauchen Sie uns hier und im Reichstag. Ich war überrascht, daß Sie jetzt mit diesen Wünschen an uns herantreten. Bei den Wahlen arbeiteten Sie Arm in Arm mit den Konserverativen und jetzt kommen Sie zu uns. Herr Pfarrer Karl wurde von Ihnen schon als Führer der Konserverativen im Landtag gefeiert, der dann, wenn er gewählt worden wäre, die konserverative Exekutive hätte übernehmen müssen, mit der uns jetzt Herr Vansbach erfreute. (Weiterkeit.) Es ist dies derselbe Herr Pfarrer Karl, der sich gegen unsere Partei wandte, aus dem Grunde, weil wir die Aufhebung des Jesuitengesetzes verlangten. Es ist dies auch der gleiche Herr Pfarrer Karl, der in seinem Flugblatt verlangte, daß man am Tage der Reformationserinnerung nicht sozialdemokratisch wählen dürfe. Man sieht, Sie (das Zentrum) können auch tolerant sein. Wir empfinden es als Genugtuung, daß als Resultat des Kampfes gegen die Sozialdemokratie die Tatsache in Erscheinung tritt, daß Sie uns zum Kampf um die Freiheit der Kirche brauchen. Was Sie selbst mit Führen treten, verlangen Sie von uns. Wir treten für Aufhebung des Jesuitengesetzes ein, nicht wegen Ihrer Agitation, sondern trotz Ihrer Agitation. Trotzdem die Jesuiten speziell zum Kampfe gegen uns gerufen werden, verlangen wir Aufhebung des Ausnahmegesetzes, weil es eben ein Ausnahmegesetz ist. Ich halte es für die Pflicht der Regierung, für Aufhebung des Jesuitengesetzes einzutreten. Erklärlich ist jedoch, daß die Regierung verlangen muß, daß ein Gesetz geändert wird, so lange es besteht. Mit der „Schonung“ ist nichts getan; es macht dies zudem einen sonderbaren Eindruck, wenn die Regierung in einer Hinsicht schonend vorgeht, in anderer Hinsicht es aber nicht ist! Das Gesetz muß aufgehoben werden. (Bevo! im Zentrum.) Neben diesen kirchlichen Fragen hat das Zentrum für die

sozialpolitischen Fragen

nichts übrig. Vielleicht machen sich die Zentrumsarbeiter darüber auch einmal Gedanken, welchen Raum in den Reden des Zentrums die kirchlichen Fragen und welchen die Arbeiterfragen einnehmen. Der Abg. Dr. Rehner verlangte jetzt als neuestes Sozialpolitik für die Unternehmer. Für die

Arbeitslosenversicherung

hat der badische Staat wieder keinen Betrag in den Etat eingestellt, trotzdem dies vom Landtag einstimmig gewünscht wurde. Merkwürdig berührt die Stellung des Zentrums zur

Frage des Verhältniswahlrechts.

Ich meine, das Zentrum hätte bis jetzt wohl Zeit finden dürfen, hierzu Stellung zu nehmen. Früher nahmen Sie zum Verhältniswahlrecht eine andere Stellung ein als jetzt. (Zwischenruf des Abg. Rehner.) Diese veränderte Stellung kommt wohl

daher, daß der frühere Abg. Wader Sie geschwenkt hat. — Gewippt war ich auf das

Finanzprogramm

des Zentrums. Das Zentrum will keine neuen Steuern, keine Anleihen, keine Zuschläge zum Erbschaftsteuergesetz usw. Wie will nun das Zentrum eigentlich die Deckung von Ausgaben schaffen? Ich weiß es nicht, wie Sie sich da die Sache denken, wenn Sie alle Arten der Deckung berufen. (Abg. Neuhaus: Wie lautet Ihr Finanzprogramm?) Diesmal machte die

Konservative Partei,

die bisher nur ein Schatten im Hause war, Versuche, sich auf eigene Füße zu stellen. Sie nennt sich „Rechtsprechende Vereinigung“, deshalb wohl, weil einzelne Mitglieder weiter links stehen. (Weiterkeit.) Der Unterrichtsminister erklärte bereits, daß der konservative Schulantrag eine sozialdemokratische Forderung sei. Herr Banischbach ist somit auch ein Freund der Anleihen, der geistigen Anleihen. (Weiterkeit.) Unsere Forderungen bezüglich der Volksschulfragen sind wohl begründet. Früher verbrachte der Mensch sein Leben am Orte seiner Geburt. Heute ist diese Abwanderung nicht mehr vorhanden. Die Bevölkerung fluktuiert. Die Früchte der Schulen kommen daher dem ganzen Lande zugute. Ich wiederhole, es freut mich, die Konservativen hier auf unserer Seite zu sehen. Herr Abg. Banischbach sprach auch über das Hochschulwesen, wobei er den Wegfall einzelner Fakultäten bei einer unserer zwei Universitäten verlangte. Die juristische oder medizinische Fakultät kann er damit wohl nicht gemeint haben; er kann hier nur die theologische Fakultät im Auge haben. Als schlauer und geübter Politiker wird Herr Banischbach nun zugeben müssen, daß es schwierig ist, die Wahl zwischen diesen Städten zu treffen. Wir werden ihn unterstützen, wenn er sich vielleicht später dazu entschließt, die Aufhebung der theologischen Fakultäten vielleicht gleich an beiden Universitäten zu beantragen. (Weiterkeit.) An seiner Stellung zum Falle J a b e r n bewährte sich Herr Banischbach als würdiger Parteigenosse des Herrn v. Oldenburg-Januschau. Vielleicht macht sich Herr Banischbach einmal Gedanken darüber, welche Autorität zu schätzen sei: die des Bibels oder des Herrn von Hofstener. Was die

direkten Steuern

Betrifft, so sehe ich keinen anderen Weg, wenn wieder Ausgaben nötig werden, als wieder neue direkte Steuern zu schaffen, da wir indirekte unbedingt vermeiden. Es gibt nur einen Weg, direkte Steuern zu erhöhen, den nannte aber Herr Abg. Neuhaus, nämlich die Veränderung der hohen Ausgaben. Es mag die Uebernahme der direkten Steuern auf das Reich bedauerlich sein, aber dies läßt sich nicht ändern. Ich glaube, daß die Entwicklung nicht eine partikularistische, sondern eine unitarische sein wird. Das Reich wird die Grundlage für die Steuern bilden, die Einzelstaaten und die Gemeinden werden Zuschläge machen. Der jetzige Zustand hat sich überlebt. Die heutige Form der Steuern wird jedoch erst dann eine andere werden, wenn die politische Gestaltung eine andere sein wird. Der Finanzminister sagte, er läme sich vor, wie das Mädchen aus der Fremde. Dies trifft nicht zu. Das Mädchen aus der Fremde bringt jedem etwas. Es bringt nichts. (Weiterkeit.) Bezüglich der finanziellen Weiterentwicklung bin ich nicht so pessimistisch. Ich hoffe, daß die nächsten paar Jahre Ueberflüsse im Finanzwesen bringen werden. Durch die Fiktionierung des Wehrbeitrags werden erhebliche Mehreinnahmen entstehen. Es wird bedauerlicherweise versucht, den Wehrbeitrag abzuschließen. Ich denke hier nicht an den von der Mannheimer „Volkstimme“ veröffentlichten Fall eines Hausbesitzers, sondern an einen anderen schweren Fall, der im „Weinheimer Anzeiger“ veröffentlicht wurde. Da muß ich schon sagen, daß dies nicht nur eine ethische Frage ist, nachdem der Wehrbeitrag an die große Zeit von vor hundert Jahren anknüpft, sondern in diesem speziellen Falle auch eine strafrechtliche. Ich möchte der Regierung anheimstellen, ob dieser Fall nicht strafrechtlich verfolgt werden könnte. Derartige Vorkommnisse müssen niedriger gehängt werden. Es würde mich interessieren, von der Regierung zu erfahren, wie sie sich zur Verlängerung der Fiktionierungsfrist stellt. Da die Banken überaus beschäftigt sind, wäre dies sehr zu begrüßen.

Dem Abg. Neuhaus möchte ich vor allem berichtigend, daß es nicht meine Aufgabe ist, ein Finanzprogramm zu machen. Die Aeußerungen des Abg. Kolb wurden falsch aufgefaßt. Gerade unsere Partei ist nicht für eine Schuldenwirtschaft. Wir haben früher die Schuldenwirtschaft entschieden bejaht. Ohne Anleihen kommen wir aber nicht aus. Der ganze jetzige Streit dreht sich nur um den Begriff w e r d e n d e A n l a g e n. Dinge wie Rheinbäfen usw., die der Volkswirtschaft nützen, sind als werdende Anlagen zu betrachten. Wenn man verschiedene der Aufgaben der letzten Jahrzehnte betrachtet, so muß man sie als werdende Anlagen betrachten. Bei der Volks-

schule ist es heute anders als früher. Früher waren Lehrer da und keine Schulhäuser, heute sind Schulhäuser da und keine Lehrer! Die

Staatslotterie

bestritten wir seinerzeit, weil wir nicht wollen, daß das Volk zum Lotteriespiel animiert wird. Wenn die Regierung keine Klame dafür macht, so tun es die Kollektoren. Es freut mich, daß der Finanzminister sagte, daß kein Erfolg vorhanden sei. Der Herr Staatsminister verteidigte den Grafen J o s v o n W a r t e n b e r g wegen seines Ausspruchs im Herrenhaus gegen die Aeußerung des Herrn Kolb. Die Verteidigung verblüffte. Ich weiß nicht, ob dem Herrn Staatsminister bekannt ist, daß die Ausführungen des Grafen von Wartenberg dem ganzen deutschen Volke ins Gesicht schlugen und es schwer beleidigten. Ich weiß nicht, ob dem Herrn Staatsminister die schwer kränkelnden Vorwürfe des Grafen bekannt sind. Ich glaube auch nicht, daß er in diesem Falle die Aeußerungen anerkennt, wenn er nicht ultrakonservativ ist. — Was die Stellung des Ministers zum Frieden betrifft, so hätte ich eine bestimmtere Erklärung gewünscht. Es taucht in letzter Zeit das Gerücht von einer

neuen Militärvorlage

mit einigen hundert Millionen Mark auf. Die diesbezügliche Rede der bayerischen Regierung war bestimmter und Millionen von Deutschen aus dem Herzen gesprochen.

Der Herr Minister sprach auch über den

Großblock.

Wir wissen daß die Regierung Gegner des Großblocks ist. Die Frage ist jedoch in den letzten Jahren aus einer Frage der Theorie zu einer der Praxis geworden. Mit Prophezeiungen läßt sich wenig anfangen. Die Tatsachen laufen oft anders. Der Herr Minister hat vor Jahren dem Großblock eine Prognose gestellt. Die bisherigen Tatsachen kamen jedoch anders. Wir haben geholfen, das Schulgesetz, das Steuergesetz, das Landwirtschaftskammergesetz zu schaffen. Diese historische Tatsache, die für ganz Deutschland wert hat, steht eben fest. Der Herr Staatsminister erkannte an, daß wir mitgearbeitet haben, aber die Budgetablehnung beanstandet er. Von der Regierung verlangen wir, daß sie den Gründen für unsere Budgetablehnung Glauben schenkt. Unsere Haltung beruhte auf sachlichen Gründen, die auch von anderen Parteien anerkannt wurden. Abg. Müller sagte sogar, daß unter Umständen andere Parteien die Budget ablehnen. (Zuruf: Magdeburg!) Sie wissen, daß wir wegen der Budgetfrage schwere Kämpfe führten. Das Parteizentrum ist in Deutschland eine Widerspiegelung der Staatsverhältnisse. In allen Parteien und auch bei den Einzelstaaten, wie bei der Frage der Schiffahrtsabgaben, gibt es verschiedene Konstellationen. Wenn wir das letzte Mal das Budget in Rücksicht auf unsere Parteirücksichten abgelehnt hätten, so hätten wir hieraus keinen Gehr gemacht und dies offen erklärt. Glauben Sie vielleicht, daß wir für das Budget stimmen konnten, nachdem wenig Tage zuvor die Regierung erklärte, daß sie uns nicht als gleichberechtigte Partei betrachte. Es wurde erklärt, daß wir uns von der Volksgemeinschaft abtrennten, wobei auf die

Jahresfeier

hingewiesen wurde. Niemand dauert mehr als wir, daß die Feiern so veranstaltet wurden, daß wir nicht heimohnen konnten. Das Ziel, das wir haben, ist, daß die Traditionen einmal gemeinsam gefeiert werden können. Es gibt Dinge, bei denen sich das gemeinsame Volksgefühl bemerkbar macht; dies darf jedoch nicht künstlich geschaffen. An dem Tage, an dem das Lu f t s c h i f f d e s G r a f e n J e p p e l i n verbrannte, da war im ganzen deutschen Volkswesen bei den sozialdemokratischen Arbeitern, ein Gedanke. Dann aber kamen andere Dinge. Ueber die Jahresfeier sprach ich in vielen Versammlungen, begeistert von der Zeit vor hundert Jahren. Im Gegensatz zu den anderen Feiern jener Zeit sind die historischen Tatsachen gerecht zu werden. Wir verherrlichen Napoleon nicht; aber wir denken daran, daß Napoleon nicht die Verfertigung des Tyrannen, sondern der fortschreitenden Gedanken und ein Instrument der Entwicklung war. Wenn dann später die Verhältnisse unhaltbar wurden, so ist mit einer Uebersicht die Politik der damaligen deutschen Regierung. Wann dann versprochen wurde, Verfassungen und Konstitutionen zu gewähren und dies nicht gehalten wurde, so können wir diese Tatsachen nicht verschweigen. Wir können nicht unerwähnt lassen, daß der Kampf gegen Napoleon den deutschen Fürsten abgerungen wurde. Glauben Sie vielleicht, daß wir den Vertriebsfeld Steins usw., die unwürdige Haltung der Fürsten in den veranfaßten offiziellen Versammlungen hätten behandeln können? Wir müssen auf die ungehaltenen Versprechen, auf die Karlsbader Beschlüsse hinweisen. Wenn das Wehen der Gefallenen von 1813 in Erfüllung gegangen ist, wenn das deutsche Militärfest im Sinne der damaligen Ideen umgefal-

let ist, dann werden sich Millionen freuen, feiern zu können, wie es der großen Tradition würdig ist. (Lebhafte Beifall.)

Staatsminister v. D u s c h: Herr Abg. Franz bezog sich auf meine Aeußerung zur Rede des Grafen J o s v o n W a r t e n b e r g. Nachdem Herr Abg. Kolb auf die Rede des Grafen J o s v o n W a r t e n b e r g einging, habe ich erwidert, daß diese Angriffe deplaziert seien, und daß in der Rede des Grafen J o s v o n W a r t e n b e r g staatsmännische Gedanken wären. Ich wollte nur die höhnische Behandlung durch Herrn Abg. Kolb zurückweisen. Die genaue Rede des Grafen J o s v o n W a r t e n b e r g ist mir nicht erinnerlich. Bezüglich des Großblocks bezieht es sich, daß Abg. Dr. Franz sagte, daß ich mich in den letzten 8 Jahren nicht widerlegt habe. Die Ansicht, daß ich mich nicht widerlegt habe, ist nicht widerlegt worden sei, halte ich nicht für richtig. Es ist nicht richtig, daß der Großblock alle wichtigen Gesetze machte. Die Regierung muß es nach wie vor ablehnen, sich auf eine Partei, also auf den Großblock, zu stützen. Der Großblock muß aber seine Mängel haben, da man versucht, durch das Verhältniswahlrecht aus ihm herauszukommen.

Minister v. B o d m a n: Ich freue mich, daß Herr Abg. Dr. Franz für die Ereignisse vor hundert Jahren einen warmen Ton gefunden hat. Und es freut mich, daß wir doch nicht durch eine so große Kluft getrennt sind, als es den Anschein hat. In manchen sozialdemokratischen Zeitungen fand ich diese warmen Töne nicht. Eines muß jedoch widersprochen werden: Die besten unserer Väter begründeten Napoleon. Einige begrüßten ihn, muß es heißen. Einer von diesen (Goethe), die ihn begrüßten, rief es jedoch in der Dichtung „Epmenides“ wieder zurück. Wenn wir von den Verhältnissen unserer Heimat sprechen, so darf doch gesagt werden, daß bei uns vieles von dem bereits vermischt war, was in Frankreich die Revolution brachte. Die Kleinstaaterei hat Napoleon im Interesse seiner Weltbeherrschung zum Sturz gebracht. Wenn gesagt wurde, daß die Heimkehrenden von 1813 enttäuscht waren, so trifft das zu. Was die unerfüllten Versprechungen betrifft, so liegt dies in Baden anders. Es erlief schon im Jahre 1819 eine Verfassung. In Preußen waren große Schwierigkeiten vorhergegangen. Den Karlsbader Beschlüssen ging die Ermordung Kobenecks vorher. Wenn die Kluft zwischen uns und der Sozialdemokratie ausgefüllt wird, so würde es mich freuen, da wir ja ein einiges Volk sind.

Minister Dr. R e i n h o l d t: Zu dem Vorschlag des Abg. Dr. Franz, direkte Reichsteuern zu schaffen und seitens der Bundesstaaten Zuschläge darauf zu nehmen, möchte ich bemerken, daß damit die Souveränität der Einzelstaaten aufgehoben würde. Die Vereinheitlichung der Steuern in Deutschland läßt sich nicht durchführen. Die direkten Reichsteuern werden im Jahre 1917 mit der Reichszuwachsteuer kommen, doch hoffe ich, daß es damit auf längere Zeit sein Bewenden hat. Bezüglich des Weinheimer Falles teile ich die Auffassung des Herrn Dr. Franz, daß dies ein Mißbrauch ist und wir werden uns damit befassen. Die Frist zur Abgabe von Vermögenserklärungen wird bis 31. Januar verlängert. Bei der Staatslotterie muß man unterscheiden zwischen Klame durch den Kollektor und durch den Staat. Der Staat macht keine Klame. Was die, wie Herr Dr. Franz sagte, aufgekaufte Vermutung über eine kommende Militärvorlage betrifft, so ist der Groß. Regierung hierüber nichts bekannt. Wir können nur dringend wünschen, daß nicht weitere finanzielle Anforderungen an uns gestellt werden.

Abg. Kolb (Soz.):

Ich möchte gegenüber dem Herrn Staatsminister feststellen, daß seine Aeußerung über eine höhnische Bemerkung zur Rede des Grafen J o s v o n W a r t e n b e r g nicht zutrifft. Ich sprach rein objektiv. Ebenso möchte ich feststellen, daß ich in meiner Rede sagte, die Fürsten seien international und daß sie im Interesse ihrer Dynastie ihre Religion wechselten. Anders sagte ich nicht. Präsident Nothdurft: Anders habe ich auch nicht verstanden; sonst hätte ich den Abg. Kolb zur Ordnung gerufen. Nächste Sitzung: Heute nachmittags 4 Uhr. Schluß der Sitzung: 1 Uhr.

Nachmittags-Sitzung.

Präsident Nothdurft eröffnet die Sitzung um 3 1/2 Uhr. Am Regierungstisch: sämtliche Minister.

Fortsetzung der Finanzdebatte.

Abg. Dietrich (nat.) empfiehlt eine weitere Verforzung des Staates mit elektrischer Kraft. Die Regierung muß hier einen Schritt weiter gehen, damit sie, und nicht die Privatmonopole, das erste Wort zu reden hat. Eine weitere wichtige Frage ist die innere Kolonisation, die gefordert werden muß. Man muß dem Arbeiter wieder eine Heimat geben. Man sollte danach sehen, ob nicht verfügbares Gelände vorhanden ist und dabei Unterstützungen durch Hypotheken vornehmen. Die Verein-

Als französischer Spion in Deutschland gefangen.

Memoiren von Paul Chorenne.

36 (Fortsetzung.) (Nachdr. verb.)

Großer Gott, das war also meine neue Wohnung? Es war eher ein Augiasstall! Der Boden war mit einer Kalkschicht bedeckt, die noch vom Weihen der Dede und der Hände herrühren mußte, Türen, Heizungsrohre, Fenster und Bettstelle waren bedeckt mit Mörtel, vor den frisch gestrichenen Türen dehnten sich kleine Seen von Delfarbe auf dem Boden aus, alles war fingerdick mit weißem Gipsstaub bedeckt. Ich hatte mich entmutigt auf meinen Schimmel fallen lassen, aber der Anblick meiner Matratzenfüße, die in die Kalkbrühe gefallen waren, gab mir die Kraft zum Handeln wieder. Es blieb mir ja nichts übrig, als Hand anzulegen. Erst putzte ich die eiserne Bettstelle, damit ich die geliebte Matratze unterbringen konnte, und als dies geschehen, ging ich an die Gestelle und das andere Mobiliar. Aber ich wußte gleich, daß ich trotz allem Fleiß doch mindestens eine Woche brauchen würde, um die Helle des gelobten Landes einigermaßen bewohnbar zu machen. Sie lag außerdem direkt über der Schmiede, so daß mir das Land Canaan im Anfang eher als eine Hölle vorkam. Im übrigen hatte sich in meinem Leben nichts geändert, die Tage verstrichen alle in derselben trostlosen Einförmigkeit. Mein jetziger Aufseher war phlegmatisch und mißtrauisch, aber er ließ mich wenigstens in Ruhe und das war schon viel wert.

Meine schönsten Stunden sind die Nachstunden, wenn es draußen stürmt und regnet! Es ist dann wie ein herrlich wildes Konzert, das mir die Elemente draußen geben und das so gut zu meiner Stimmung paßt; mit wahren Hochgenuß verfolge ich alle Phrasen und alle Modulationen der schauerlichen Musik. Das bleiche Laternenlicht aus dem Hofe bringt durch die regengepeitschten Fensterscheiben und malt gespenstliche Schatten an die weiße Zellenwand. Und manchmal reißt der geisterhafte Komponist draußen sogar meine Fenster auf und überschüttet mich mit eifrigen Blüten. So daß ich unter meiner dünnen Dede erzitterte.

Meine zwei Fenster gehen auf einen Hof hinunter, den ich bisher noch nicht kannte. Wenn ich mich ganz weit vorbeuge, kann ich das Türchen sehen, das so manchem freibildungsbüchigen Gefangenen schon verhängnisvoll geworden ist, und ich sehe außer Schilderhaus und Schildwache drei große Ackerfelder jenseits der Mauer.

Alle Tage, zur selben Stunde, belebt ein gemütlich trotzendes Ochsenpaar die Landschaft. Auf dem kleinen Wagen steht eine Kanne, und angefüert wird das Ganze von einem Paar großer Stiefel, in dem oben drin ein kleines Bäuerlein mit einer Peitsche steht. Beim Beiseitenschnallen würde das Männlein sicher das Gegenwärtige böten. Die Equipage quetscht sich durch ein Pförtchen und hält vor einer anderen Tonne still, die am Küchengebäude steht. Dann schöpft der kleine Bauer mit einem Schöpfwürbelchen den Inhalt der stehenden Tonne langsam in die bewegliche Tonne, und die Equipage fährt ab, gerade wie sie gekommen ist, mit feierlicher Wichtigkeit. Natürlich beschäftigte der Vorgang meine Neugierde ganz außerordentlich, und ich ruhte nicht, bis ich erfahren hatte, daß der geheimnisvolle Bauer nur kam, um Küchenabfälle für sein Schwein zu holen.

Der Teil des Hofes, den ich sah, war übrigens immer sehr belebt, es war ein ewiges interessantes Hin und Her unter meinen Fenstern. Um Viertel vor zwölf Uhr mittags läutete eine Glocke: dann stürzten von allen Seiten die Gefangenen, die zum Küchendienst kommandiert waren, herbei, luden die Brotkörbe und Blechkübel mit Essen auf einen kleinen flachen Wagen und fuhren von Kügel zu Kügel, wo die Kalfaktors der verschiedenen Korridore eiligt das Mahl in Empfang nahmen, dessen Duft den ganzen Hof durchzog.

Dünnenkleben ist ein solch mechanisches Geschäft, daß man alle Gedanken dabei paazieren lassen kann. Ich „lebe“ täglich etwa zwei bis drei Stunden lang, gemütlich auf meinem Schimmel vor dem Arbeitstisch sitzend, den Rücken an die Heizungsrohre gelehnt, und lang nach Sengensluft, um mich zu unterhalten. Weil aber mein Repertoir nach einiger Zeit erschöpft war, fing ich an, selbst zu komponieren, und freute mich wie ein Kind über jede neue

Melodie, die ich fand. So hatte ich zum Beispiel seit den ganzen Muffet in Rust gelehrt und war eines Tages gerade dabei, für den „Mönchshor“ eine, wie mir schien, tief ergreifende Melodie zu komponieren, als plötzlich durch die Röhre hinter meinem Rücken eine hohle Stimme meinen Namen rief. Ich fuhr auf und mein Reimtopf mit mir, er gerbrach und ergoß sich auf den Boden. Die Röhre wieberte vor Lachen und sagte dann:

„Ich bin es, der Carlipp, Ihr Nachbar von oben. Singen Sie doch nicht so laut, man hört Sie ja bis hier herauf, und der Aufseher schlächt hier immer herum. Der wird Sie noch anzeigen.“

„Danke, Carlipp. Aber Sie können sich was drauf einbilden, mich so erschreckt zu haben.“

„Wußten Sie denn nicht, daß man sich durch die Röhren telefonieren kann?“

„Nein, bis jetzt nicht.“

„Außig! Der Aufseher!“

Carlipp, der Kanonier, war der frühere Kalfaktor des Flügels C. Er hatte durch unseren Umzug seine Stelle verloren und strickte jetzt Strimpfe auf der Maschine. Wirklich stellte das dicke Heizungsrohr eine direkte Telefonverbindung zwischen allen übereinander liegenden Zellen her. Hatte ich Besuch des Direktors, des Kaplans oder irgend einer anderen Person, so verlagte sich Carlipp niemals das Vergnügen, sich langewege auf den Fußboden zu legen, sein Ohr an die Röhre zu halten und die ganze Unterhaltung zu belauschen, die er mir dann später Wort für Wort zu wiederholen liebte.

„Kennen Sie das Wort „Indiskretion“, Carlipp?“

fragte ich ihn eines Tages.

„Nein das habe ich noch nie gehört.“

„Wenn jemand an den Türen horcht oder durchs Schlüßelloch guckt, so sagt man von ihm, er begeht eine Indiskretion. Verstehen Sie es jetzt, Carlipp?“

„D. sehr gut, Also glauben Sie, daß wenn man an der Röhre horcht...“

„Nein, Carlipp, nicht an der Röhre, das ist ganz was anderes, das steht nicht im Konversationslexikon.“

(Fortsetzung folgt.)

Eingegangene Bücher und Zeitschriften. (Alle hier verzeichneten Bücher und Zeitschriften wurden zum obersten Schupfisch für die Lektoren des Bibliothekers ernannt. Sehr wichtig für die Mitarbeiterinnen war die Ausb. von...

schung der Staatsverwaltung läßt sich nur dann durchführen, wenn wir unsere ganzen Gesehe und Verordnungen vereinfachen. Die unteren Instanzen im Staate sollten selbständiger handeln dürfen. Wenn es vorkommt, daß unsere Beamten nicht genügend arbeiten, so hängt dies nicht von ihnen ab, sondern vom System. Zu den Ausführungen des Abg. Koll über die wirtschaftliche Entwicklung ist zu sagen, daß auch wir an eine Entwicklung glauben. Man könnte da sagen, daß wir uns nur im Tempo der Entwicklung von ihm unterscheiden. Dies trifft aber nicht zu. Denn im sozialdemokratischen Programme stehen Dinge, die wir nicht für richtig halten. Die Lage der Arbeiterschaft und anderer Stände hat sich im gegenwärtigen Wirtschaftssystem gebessert. Wir stehen daher auf dem Boden der heutigen Wirtschaft- und Staatsordnung, und weil die Sozialdemokratie an diesen Grundlagen rüttelt, bekämpfen wir sie. Wir stehen nicht nur auf dem Boden der heutigen Wirtschaft- und Staatsordnung, sondern auch auf dem Boden der heutigen Schulpolitik. Herr Bauschbach möchte ich sagen, wenn die Konvention immer am Ruder gewesen wäre, hätten wir heute immer noch keine Volksschule. Erwünscht wäre mir zu hören, wie weit eigentlich die linksstehenden Konventionen gehen, nachdem der am meisten Rechtsstehende, Herr Abg. Bauschbach, Anlehen bei den Demokraten macht. Der Vorgang der Jesuiten in Mannheim ist befremdend. Man mag über das Jesuitenangelegenheit denken wie man will, eine Partei, die im Wahlkampf die Staatsverwaltung auf ihre Fahne schreibt, sollte die Gesehe hochhalten. An die Regierung richte ich die Bitte, die Interessen des Staates gegen die Kurie zu vertreten. Was unsere Fraktion betrifft, so werden wir als geschlossene Fraktion zu den Fragen Stellung nehmen, wie dies in allen Parteien der Fall ist. Wenn wir das Stimmverhältnis der Parteien betrachten, so finden wir, daß die Rechte bedeutend stärker ist als die Linke. Das Zentrum hat die Konventionen erfunden, um sich Schildeknappen zu schaffen. So lange wir mit den Sozialdemokraten arbeiten, wurde liberal gearbeitet, aber nicht sozialdemokratisch. Der Herr Staatsminister muß ein kurzes Gedächtnis haben, wenn er sich nicht mehr daran erinnern kann, daß die Linke das Schulgesetz machte. Ebenso machte sie das Steuergesetz und das Gemeindegeseh. Mit der Aufhebung der Münchener Gesandtschaft wollten wir nicht das monarchische Gefühl untergraben; das Zentrum hat nicht das Recht, uns in dieser Hinsicht Besoren zu erteilen. Wenn Sie (das Zentrum) uns das nächste Mal in den Wahlen nicht unterstützen wollen, so erhält die Sozialdemokratie die Mandate. Sie können dann aber nicht mehr sagen, daß Sie die Sozialdemokratie bekämpfen. Wir haben uns mit der Sozialdemokratie zusammengesetzt, um eine Mehrheit der Rechte zu beschaffen, wobei wir unsere völlige Freiheit in allen Fragen haben. Die religiöse Duldsamkeit fehlt vor allem beim Zentrum. Das Kolleg über Logit scheint Herr Schofer sie und da geschwächt zu haben. (Heiterkeit.) Unsere Partei steht auf dem Boden des monarchischen Staates, den sie nach besten Kräften fördert. Nach dem, was wir von der Geschichte des Merkantilismus wissen, veranlaßt uns, Ihnen (dem Zentrum) den Versuch zum Lehrer in Duldsamkeit und Staatsverwaltung abzugeben. (Beifall.)

Abg. Hummel (Forstbr.) behandelt eingangs Finanzfragen. Mit den finanziellen Maßnahmen der Regierung sind wir einverstanden. Ein Anwachsen des Mannesheeres bedeutet eine Schwächung allen Unternehmungsgeistes. Eine Einschränkung des Altkessens in der Staatsverwaltung wäre nötig. Durch das Telephon wäre eine beträchtliche Ersparnis des Altkessens möglich. Eine wirtschaftliche Verbesserung der Beamten ist notwendig. Beim Schulgesetz sollte die Regierung anerkennen, was wir und die Sozialdemokratie für dieses Gesetz taten. Hier hätte ich eine gerechtere Würdigung von Herrn Minister erwartet. Einer Vermehrung der höheren Schulen kann unter ganz besonderen Verhältnissen zugestimmt werden.

Unsere Hochschulen müssen wir auf der Höhe ihres wissenschaftlichen Rufes halten. Es ist fraglich, ob wir der Steigerung seinerzeit zugestimmt hätten, wenn wir die günstige Finanzlage gekannt hätten. Wenn der wirtschaftliche Erfolg der großen Bahnhöfe sich einmal einstellt, so werden diejenigen, die heute darüber jammern, stolz darauf sein. Neben den großen Bahnhöfen sollten allerdings die kleinen nicht vergessen werden, die staatlichen Autolinien begreifen wir. Ich glaube, daß es schwer hält, Anleihen für nichtwerbende Anlagen unterzubringen, da sogar solche für werbende Anlagen schwerer unterzubringen sind. Was den Wahlkampf betrifft, so möchte ich vor allem darauf hinweisen, wie die Rechte bestonte, daß die Linke die Staatsautorität untergrabe. Wenn man die Stellung zur Jesuitenfrage betrachtet, so kommt man zum entgegengesetzten Resultat. Wir haben noch kein Lehrbuch der Demagogie verfaßt. Es gibt aber eines und es stammt von einem Anhänger der Reaktion. Wenn man von „wehlosen Konnen“ spricht, so sucht man falsche Vorstellungen im Volke zu erwecken. Bei der Jesuitenfrage macht es einen eigenen Eindruck, wenn sich Herr Schofer hierbei auf Dr. Hansjakob beruft. (Heiterkeit.) Ich würde überhaupt die Lektüre von Hansjakobs Schriften den Herren vom Zentrum empfehlen. (Heiterkeit.) Es mag sein, daß Sie (vom Zentrum) vielfach unter sich duldsam sind, gegen andere sind Sie es nicht. Wir wurde das Recht abgesprochen, Mitglied des Landtags zu sein, weil ich konfessionslos bin. Wenn die Konventionen Gegner der Jesuiten sind, so hörte man hieron nichts im Wahlkampf. Der Gesamteindruck des Kampfes des Zentrums gegen uns bringt es mit sich, daß das Volk an alle möglichen Schauermärchen glaubt. Mein Freund Benedek stellte sich gestern nicht auf den Standpunkt des Freihandels, sondern stellte nur fest, daß die Hölle auf verschiedene Produkte schädigend wirken. Wir wollen unter Schonung der bestehenden Verhältnisse einen Abbau. Wenn die Linksentwicklung der Konventionen so weiter geht, wie in der Schulfrage, so freuen wir uns. Sie bald als Mitglieder des Großbundes begrüßen zu können. (Heiterkeit.) Wir sehen keinen anderen Weg, eine Rechtsmehrheit zu verhindern, als den Großblock. Die persönliche Kampfmethode im letzten Wahlkampf setzt die Bedeutung des parlamentarischen Lebens herab. Die gebildeten Schichten des Volkes halten sich dem politischen Leben fern. Es wäre Pflicht der Gebildeten, am politischen Leben teilzunehmen. Das Mittel hierzu ist das Verhältniswahlrecht. Das relativ beste Wahlrecht ist zurzeit der Proporz, dessen Einführung eine Forderung der Gerechtigkeit ist. (Beifall.)

Abg. Fischer (Konf.) verliest Stellen aus einem Wahlflugblatt. Der Staat sollte bei Schulhausneubauten Unterstützung gewähren. Die Verstaatlichung der Schule verlangen wir mit Rücksicht auf die Gemeinden. Der Geburtenrückgang kommt daher, weil die Leute vom Lande wegziehen. Der Redner behandelt verschiedene Details (Präsident Mohrhurst: Ich würde Ihnen raten, diese Details bei der Beratung des Kultusministeriums zu behandeln.) Der Redner verliest sich weiter in detaillierte örtliche Fragen. Unsern Schulantrag entnehmen wir nicht von den Demokraten, sondern er stammt von den Bürgermeistern unserer Fraktion. An der Landstadt sind die Beamten (auch, weil die Mädchen in die Stadt gehen, um Beamtenfrauen zu werden. (Heiterkeit.) Der neue Karlsruher Bahnhof befriedigt den Redner nicht. Als er ankam, habe er die Stadt nicht gefunden. (Heiterkeit.)

Es haben sich noch zwei Reichen von Rednern zum Wort gemeldet, die bereit sind, auf das Wort zu verzichten, wenn keiner mehr zu Wort kommt. Alle Redner verzichten auf das Wort.

Nach einer persönlichen Bemerkung des Abg. Schofer (Ztr.) stellt

Abg. Koll (Soz.) in einer persönlichen Bemerkung richtig, daß er die Beamten nicht allgemein kritisiert und sie nicht an-

griffen habe. Wenn jetzt versucht werde, seine Rede als eine Rede gegen die Beamten auszunutzen, so berühe dies sonderbar. Ich möchte feststellen, daß mir wegen meiner Behandlung der Beamtenfrage gerade von Zentrumsseite persönliche Angriffe in der Sitzung lebhaft ausgesprochen wurde.

Es folgen noch kurze Bemerkungen der Abgg. Benedek (Forstbr.), Dr. Schofer (Ztr.), Dietrich (natl.)

Abg. Bauschbach (Konf.): Ich kann es nicht verstehen, wie ein Israelit wie Herr Dr. Franz sich in eine Frage wie Abschaffung der theologischen Fakultäten einmischen kann und mit da Ratsschläge geben will.

Präsident Mohrhurst: Es ist nicht üblich, die Konfession der Abgeordneten in die Debatte zu ziehen.

Präsident Mohrhurst: Die Tagesordnung ist damit erledigt.

Nächste Sitzung: Montag, den 19. Januar, nachmittags 4 Uhr. Tagesordnung: Bericht der Petitionskommission über die im letzten Landtag unerledigt gebliebenen Petitionen. Schluß der Sitzung: 6 Uhr.

Verzicht und Rückzug.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ macht am Donnerstag abend folgende selbstverständliche auf den Reichsfanzler zurückgehende Mitteilungen:

Aus Straßburg wird gemeldet, daß der zuständige Gerichtsherr in dem gegen den Leutnant v. Fortner anhängigen Strafverfahren auf die Einlegung des Rechtsmittels der Revision gegen das freisprechende Urteil des Oberkriegsgerichts verzichtet hat. Für diese Entscheidung des Gerichtsherrn war ohne Zweifel ausschlaggebend, daß nach den tatsächlichen Feststellungen des Oberkriegsgerichts der Angeklagte einen drohenden tätlichen Angriff der auf seinen Befehl verhafteten Person abgewehrt und sich dabei innerhalb der erlaubten Grenzen der Notwehr gehalten hat. Da eine Nachprüfung der Entscheidung des Oberkriegsgerichts in Bezug auf die Würdigung des Ergebnisses der Beweisaufnahme dem Revisionsgericht nach dem Gesetz verweigert ist, mußte das Rechtsmittel der Revision als aussichtslos erscheinen.

Wie wir weiter hören, wird auch in dem Verfahren gegen den Obersten von Reutter der Gerichtsherr auf Einlegung der Berufung gegen das freisprechende kriegsgerichtliche Urteil verzichtet. Für diesen Verzicht mag gesprochen haben, daß die eingehende Beweisaufnahme vor dem Kriegsgericht einwandfrei den guten Glauben des Angeklagten an eine ihm nach seinen Dienstvorschriften zuzuschende Verurteilung zu dem Einschreiten des Militärs ergeben hat, und daß er deshalb nach anerkannten Rechtsgrundsätzen strafflos bleiben muß.

Es ist richtig, daß in der Dienstvorschrift über den Waffengebrauch des Militärs von 1899 Teile der Allerhöchsten Kabinettsordre von 1820 verpörrert worden sind, und zwar, um das Notwehr- und Notstandsrecht des Militärs sowie die Fälle in denen die Anwendung des Militärstrafrechts in Frage kommt, daulegen. Aus ihrer Bewertung, die nach eingehenden Verhandlungen der beteiligten Ministerien im Jahre 1851 in allen seitdem erschienenen und veröffentlichten Reudrucken der Vorschrift gleichlautend erfolgt ist, haben sich bis jetzt keinerlei praktische Anutzungsbeispiele ergeben. Nachdem sich indessen bei den jüngsten Ereignissen in Zabern Zweifel daran ergeben haben, ob die Vorschrift von 1899 die Befugnisse der Zivil- und Militärbehörden richtig abgrenze, ist von Seiner Majestät dem Kaiser und König eine Nachprüfung der Dienstvorschrift angeordnet worden.

Diese Veröffentlichung befähigt zunächst die von Anfang an wohl allenthalben gehegte Vermutung, daß die drei freisprechenden Urteile vom vergangenen Samstag Rechtskraft erlangen, weil auf die Einlegung der Revision in dem einen und der Berufung in den beiden anderen Fällen verzichtet ist. Nebenfalls aber ist es bezeichnend, daß die Regierung sich veranlaßt fühlt, noch bevor die Intervention im Reichstage zur Beratung kommt, die Gründe dieses Verzichts bekannt zu geben. Sie fürchtet eben den Eindruck im Volke und möchte von vornherein alle unlieb-samen Kommentare abschneiden.

Ob ihr das allerdings in dem gewünschten Umfange gelingen wird, ist eine andere Frage, denn so wenig Zweifel bei dem Gerichtsherrn bestehen, daß der Leutnant v. Fortner nach den tatsächlichen Feststellungen des Oberkriegsgerichts mit dem Säbelhieb gegen den lahmen Schuster einen drohenden tätlichen Angriff abgewehrt hat, so wenig wird sich die Masse des Volkes überzeugen lassen, daß hier Notwehr vorlag. Sie hält nun einmal einen Offizier nicht für bedroht, dem zur Abwehr etwaiger Angriffe eines halbverkrüppelten Arbeiters, eine ganze Anzahl von Soldaten zur Verfügung stehen und sie sieht die ganze Angelegenheit zu ernst an, als daß sie sich jenes lächerliche Argument des Staatsanwalts zu eigen machen könnte, der die Muskeltiere als unzureichende Helfer hinstellte, weil sie ihr Gewehr in den Händen gehabt hätten.

Auch die Freisprechung des Obersten kann durch die Regierungserklärung nur solchen Leuten schmachhaft gemacht werden, die sich mit Haut und Haaren der Militärpartei verjährien haben, und die wären auch ohne jede weitere Motivierung zufrieden gewesen. Man mag immerhin dem Herrn v. Reutter zugeben, daß er in gutem Glauben an die Rechtsgültigkeit der in der Kabinettsordre von 1820 enthaltenen Bestimmungen gehandelt hat, es blieb aber auf alle Fälle noch die Frage zu entscheiden, ob denn überhaupt die Voraussetzungen dieser Verordnung gegeben waren. Das Gericht hat sie bejaht, aber niemand wird behaupten wollen, daß ihm die Beweisaufnahme dazu ein Recht gab. Die Kabinettsordre macht zur Vorbedingung eines selbständigen Eingreifens des Militärs das Bestehen innerer Unruhen und das Verlegen der Zivilbehörden. Auch wer, wie das Kriegsgericht der 30. Division die Aussagen der Zivilzeugen so gut wie vollständig unberücksichtigt läßt und sich nur auf die Befundungen der Militärpersonen, des Dozenten und der ostpreussischen Dame stützt, kann nur dann zu dem Ergebnis kommen, daß in Zabern der Aufruhr getobt habe, wenn er Töhlen und beleidigende Jurure an die Adresse der Offiziere als Aufruhr bezeichnet. Das aber ist schlechterdings nicht angängig.

Ebenso wenig kann von einem Verlegen der Zivilbehörden die Rede sein. Es wird zwar von dem Militär und von den elafsheindlichen Patrioten behauptete, ein Beweis aber ist weder durch die Gerichtsverhandlung noch auf anderem Wege erbracht, und kein Unvoreingenommener wird es verstehen, daß der Gerichtsherr durch den Verzicht auf die Berufung eine erneute Prüfung und eine korrekte Beurteilung der Zustände, die in Zabern geherrscht haben, verhindert.

Wleiben noch die Bemerkungen, die das Organ des Herrn v. Bethmann Hollweg über die Bestimmungen der Kabinettsordre von 1820 macht. Sie geben, wenn

auch mit den üblichen Verklarstellungen demjenigen Recht, die von Anfang an die Gültigkeit dieses vormärzlichen Erlasses bestritten haben. Wenn die Regierung offiziös erklären läßt, daß sie Zweifel hege, so heißt das, daß sie sich in Wirklichkeit von der Unbereinbarkeit der Order mit der Verfassung überzeugt hat. Sie will sich nur noch den Kliden decken. Die Konventionen aber, die mit allen Mitteln der politischen Jonglierkunst die Kabinettsorder haben retten wollen, sind blamiert.

Wir erwarten nun, daß durch die in Aussicht gestellte Nachprüfung der Dienstvorschrift der beleidigten Verfassung in diesem Punkte zu ihrem Rechte verholfen wird und daß damit Preußen in eine Linie mit den übrigen Bundesstaaten rückt, in denen so vorläufigliche Bestimmungen über das Einschreiten und den Waffengebrauch des Militärs im Falle innerer Unruhen nicht vorhanden sind. Aber wir können uns auch dann, wenn die Nachprüfung das von uns gewünschte Ergebnis haben sollte, noch keineswegs beruhigen. Die Frage, wann das Militär aus eigener Machtvollkommenheit zugreifen kann, ist in dem ganzen Konflikt, der uns die letzten Monate in Atem gehalten hat, schließlich doch nur von untergeordneter Bedeutung gewesen. Ursprünglich stand im Vordergrund der Auseinandersetzungen die Bedeutung, die von der Seite der Reaktionäre dem Tod des Königs beigemessen wird, aber an dieses Thema haben sich dann eine ganze Reihe von Erörterungen angeschlossen, die sich so verschieden auch ihre Ausgangspunkte waren, doch durchweg bei dem Problem der Verteilung der Machtverhältnisse im Deutschen Reiche zusammen fanden.

Darauf aber kommt es schließlich auch an: Die Macht des Volkes und seiner Vertretung gegenüber der Stellung des Militarismus und der kaiserlichen Kommandogewalt sowohl wie gegenüber den unerbundenen Einflüssen der in Preußen mächtigen Faktoren zu betonen. Wir befürchten allerdings sehr, daß das liberale Bürgertum ein Verständnis für diese Sachlage nicht besitzt. Es kennt jetzt keine andere Sehnsucht als die nach Ruhe und Herr v. Bethmann Hollweg hat ihm im preussischen Abgeordnetenhaus die Parole gegeben, als er sagte, die Zeiten seien zu ernst, als daß man sich herumstreifen dürfe. Die Zeiten sind in der Tat ernst, aber sie werden für das Volk noch ernster sein, wenn es die Waffen niederlegt und damit dem deutschen Reichsfanzler wieder zu den ruhigen Nächten verhilft, die er heute entbehrt. Die Herren v. Reutter und v. Fortner sind erledigt, aber der Kampf um die Volksrechte, der sich an der Wadesaffäre neu entwickelt hat, geht weiter, und die Sozialdemokratie ist an ihrem Teile jedenfalls nicht geneigt, sich durch die Schmalmeintore der Regierung zu einer Einstellung der Feindseligkeiten bestimmen zu lassen.

Deutsche Politik.

Die Sorgen der Schnapsbrenner.

Das neugefaltete Branntweinsteuergeseh ist zwar den Interessen der Schnapsbrenner direkt auf den Leib zugeschnitten, trotzdem werden die Brenner ihres Segens nicht recht froh. Die Spirituszentrale, an deren Spitze der mit einem Ministergehalt besoldete konservative Abgeordnete Kretsch steht, sorgt allerdings dafür, daß der Preissturz nicht allzu groß wird, aber den fortgesetzten Rückgang des Schnapskonsums kann auch nicht die Spirituszentrale nicht aufhalten. Im Jahre 1913 wurden 375 Millionen Liter Spiritus gegen 345 Mill. im Jahre vorher erzeugt. Der Trinkverbrauch umfaßte 187 Millionen Liter, gegen das Vorjahr ein Rückgang von 6,5 Millionen Liter! Diese Erscheinung wird von der Regierung auf die verschiedensten Ursachen zurückgeführt, zunächst auf die Belastung des Konsums, dann aber auf die Neigung vieler Destillateure zur Herabsetzung des Branntweingehaltes in ihren Erzeugnissen. Gerade darin erblickt die Zentrale eine besondere Gefahr für die Schnapsbrenner. Sie führt nämlich aus:

„Zit eine Verbilligung auf Kosten der Beschaffenheit des Fabrikats schon an sich ein fragwürdiges Mittel zur Steigerung des Verbrauchs, so verfehlt sie in diesem Fall umso mehr den Zweck, als die Verschlechterung der Spiritusqualität vielmehr zu völligen Abwendung vom Branntweingenuß führt.“

Schließlich wird beklagt, daß auch die Behörden dem Trinkabsatz Schwierigkeiten in den Weg legen. Das Ideal der Schnapsbrenner wäre es, wenn in jedem Haus Branntwein verkauft werden könnte. Der Verbrauch für gewerbliche Zwecke ist erheblich gestiegen, allein der Gewinn, den die Brenner daraus ziehen, ist eigentlich doch recht bescheiden. Soll der Gewinn steigen, dann muß der Trinkabsatz gehoben werden. Das zu erreichen erscheint aber der Zentrale selber zweifelhaft und deshalb wird empfohlen, dem deutschen Spiritus den Weltmarkt wieder zu eröffnen. Das wird aber dadurch erschwert, daß das Ausland mit billigeren russischem und österreichischem Spiritus überflutet wird. Deshalb wird zunächst noch etwas verächtlich eine Erhöhung der Ausfuhrvergütung vorgeschlagen. Mit anderen Worten, die Brenner wollen eine möglichst hohe Ausfuhrprämie. Wenn das deutsche Volk den deutschen Fusel schon nicht mehr trinken will, dann soll es wenigstens den Brennern ersehen, was sie auf dem Auslandsmarkt einbüßen. Vorläufig besteht freilich keine Aussicht auf Erfüllung dieser Wünsche — aber wenn der neue Zolltarif beraten wird, dann werden die Brenner sich bestimmt bemerkbar machen, um den „nationalen Schnaps“ zu schützen.

Der Prozeß v. Liebert gegen das „Berliner Tageblatt“

Der vor einigen Monaten vertagte Prozeß des Leiters des Reichstagsabgeordneten v. Liebert gegen den Redakteur des „Berl. Tageblatt“, Max Schröder, wird am 9. Februar vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte fortgesetzt werden. Das „Berl. Tageblatt“ hatte behauptet, v. Liebert habe, als er noch Gouverneur in Ostafrika war, durch mehrere schwindelhafte Prozedere in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Aufsichtsrats von Kolonialgründungen eine Anzahl kleiner Leute um ihr Vermögen betrogen, da diese Gründungen sämtlich trocken gingen. Der Prozeß wurde seinerzeit vertagt, da der Angeklagte sich erhob, ein umfangreiches Beweismaterial zu erbringen,

Für unsere Frauen.
Ephraïm (Berthold).

Zentrum und Sozialpolitik.

Im heftigsten Landtag kam am Dienstag ein Antrag der sozialdemokratischen Fraktion zur Verhandlung: Die Regierung möge durch Landesgesetz bestimmen, daß keine Landkrankenassen, sondern nur Ortskrankenassen zu errichten seien. Dieser Antrag war unter anderem auch von den katholischen Frauenvereinen in einer besonderen Eingabe warm befürwortet worden. Die katholischen Frauenvereine wiesen besonders auf die weitergehende Fürsorge der Ortskrankenassen durch Uebernahme der Familienpflege und Wochenbetthilfe hin. Was tat nun das Zentrum? Es schied sich in der Debatte vollständig aus und stimmte dann mit Bauernblindlern und Nationalen gemeinsam den Antrag der Sozialdemokraten und die Wünsche der Sozialdemokraten und die Wünsche der katholischen Frauenvereine nieder. Ultramontane Sozialpolitik!

Badische Politik.

Beamte und Sozialdemokratie.

Die Ausführungen des Genossen Kolb über die Beamten haben großes Aufsehen erregt. In den Kreisen der Nichtbeamten finden die Darlegungen Kolbs allgemeine und lebhaft Zustimmung. Aber bereits beginnt die Fege gegen Kolb aus den Kreisen der Beamten. Es wird darzustellen versucht, als ob Genosse Kolb seine kritischen Ausführungen ganz allgemein gegen die Beamten gerichtet gewesen seien. Das ist selbstverständlich absolut unzutreffend. Genosse Kolb hat ausdrücklich hervorgehoben, daß er nicht verallgemeinern will. Wenn jetzt in einer Zeitschrift an die „Bad. Landesztg.“ versucht wird, die Ausführungen Kolbs als gegen die Vermehrung des Eisenbahnerpersonals gerichtet zu charakterisieren, so ist das eine infame Entstellung der Tatsachen. Niemand ist mehr und energischer für die Eisenbahner und insbesondere für die Verkürzung der Dienstzeit eingetreten als die Sozialdemokratie. Zum äußeren Dienst der Eisenbahner ist die Zahl der Beamten nicht zu groß, sondern noch immer zu klein. Zu groß ist sie aber beispielsweise in der Generaldirektion, die über 700 Beamte beschäftigt. Dort wird zu viel revidiert und reglementiert. Das Kolb mit seiner Kritik eine sehr munde Stelle berührt hat, zeigen die zustimmenden Erklärungen die Kolb von Mitgliedern aller Parteien erhalten hat.

Sozialdemokratische Mehrheit in der Kirchengemeinde. Aus Altenburg (M. Waldshut) wird berichtet: Bei der Wahl zur katholischen Kirchengemeindevertretung stimmten von 96 Wahlberechtigten 84 ab, von denen 50 sozialdemokratische Zettel abgaben.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 16. Januar.

Am Bundesratssitz ist Staatssekretär Kühn erschienen. Präsident Dr. Kämpf eröffnet die Sitzung um 1.05 Uhr. Auf der Tagesordnung stehen zunächst kurze Anfragen. — Auf die Frage der Abgg. Weisbach und Schulz-Epfurt (Soz.) nach der Entziehung des Berechtigungscheins für den Einjährig-Freiwilligendienst wegen agitatorischer Betätigung staatsfeindlicher Gesinnung erwiderte Generalmajor Wild von Ostensborn: Die Angelegenheit unterliegt noch der Prüfung durch die Verwaltung. Eine Beantwortung kann deshalb zurzeit noch nicht erfolgen. — Die Frage der Abgg. Dr. Müller-Meinungen und Dieckhoff (F. V.) nach dem Verbot des „Neuen Pommerischen Tageblatts“ in Stargard durch die Militärbehörde wird zurückgezogen, nachdem der Oberst das Verbot zurückgenommen hat. — Auf die Anfrage des Abg. Dr. Trendel (Zentr.) nach Umgehung der höheren Verzollung von aus Rußland eingeführter Gerste erwidert Direktor Neuschel: Er gibt zunächst eine Darstellung der obwaltenden Umstände und sagt zu, daß es sich die Regierung auch fernerhin angelegen sein lassen werde, eine ordnungsmäßige Behandlung der Futtergerste durchzuführen. — Es folgt die Beratung des schleunigen Antrags Schiffer-Wagdeburg (Nat.), Dr. Trendel (Reichsp.), Dr. Spaß (Zentr.) und Graf Westarp (Konj.), die jetzt zur Abgabe der Vermögenserklärungen zum Wehrbeitrag bis Ende Februar zu verlängern und über die in der Öffentlichkeit geltend gemachten Zweifelsfragen über den Inhalt des Gesetzes und seiner Ausführungsbestimmungen durch Mitteilung an den Reichstag Stellung zu nehmen.

Zur Begründung führt zunächst Abg. Ersberger (Zentr.) aus: Bei den Lebensversicherungsgesellschaften sind im letzten Jahre allein 3 Millionen Anfragen eingelaufen wegen des Mißkaufwertes der Police. Eine rechtzeitige Erledigung dieser Anfragen ist gar nicht möglich. Dann bitte ich um eine Erklärung, ob für die im Jahre 1917 fälligen Steuern dieselben Vorschriften und Freiheiten gelten wie jetzt, namentlich hinsichtlich der Deklaration nach dem gemeinen oder dem Ertragswerte. Es müssen alle Schwierigkeiten beseitigt werden, damit nicht die Opferfreudigkeit von 1913 getrübt wird.

Staatssekretär Kühn: Den Standpunkt des Bundesrats kann ich naturgemäß noch nicht darlegen. Für das Reich dürfte die Zahlung der ersten Rate nicht zu weit hinausgeschoben werden und man mühte zu einem gewissen Zeitpunkt übersehen können, wie hoch das Erträgnis des Wehrbeitrags ist. Die Hinausschiebung des Deklarationsstermins würde auch eine Verschiebung des Zahlungstermins bedeuten. Es ist dringend erwünscht, daß ein Ueberblick über den gesamten Eingang schon bei Aufstellung des Etats für 1915 vorhanden ist. Der Schwerpunkt gegen die Verlängerung liegt darin, daß für eine ganze Reihe von Bundesstaaten es geradezu eine Lebensfrage ist, daß die Veranlagung zum Wehrbeitrag von denselben Behörden und Beamten erledigt wird, die die übrigen Steuerfragen bearbeiten. Durch eine Hinausschiebung der Veranlagung würden auch die Kommunen, welche die Zuschläge zu den Staatsabgaben erheben, von neuem belästigt werden. Angesichts dieser Tatsache muß die Frage erörtert werden, ob eine zwingende Notwendigkeit für die Verlängerung der Erklärungsfrist vorhanden ist. Dabei ist zu beachten, daß die Fristen nicht unveränderlich sind. Sie können von den einzelnen Landesregierungen hinausgeschoben werden und dann kann jeder einzelne unter Berücksichtigung der besonderen Verhältnisse für sich eine Hinausschiebung verlangen. Was den Generalpardon anlangt, so meine ich, daß von einer Strafe überhaupt abzusehen ist, daß aber der Betrag für das letzte Jahr als Strafe zu zahlen ist. Die Deklarationspflicht ist nicht so schwer zu erfüllen, da die beitragspflichtige Summe nicht von den Deklarierenden zu berechnen ist, sondern nur den Behörden die notwendigen Unterlagen zu geben sind. —

Abg. Dr. Klund (F. V.): Meine Partei stimmt dem Antrag zu. Die Auskunftspflicht für inländische Banken wird zu Unrecht in Anspruch genommen. Damit werden die ausländischen Banken bevorzugt.

Abg. Rupp-Baden (Konj.): Hinsichtlich der Berechnung des Wehrbeitrags geht die badische Steuerbehörde von falschen Grunddaten aus.

Abg. Ersberger (Zentr.): Ich bitte den Staatssekretär, den Antrag, der voraussichtlich angenommen werden wird, im Bundesrat wohlwollender zu behandeln, als er es heute getan hat. Damit schließt die Debatte. — Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Es folgt die Fortsetzung der ersten Lesung des Gesetzesentwurfs über die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe.

Abg. Dr. Quard-Frankfurt a. M. (Soz.): Die Behandlung dieser wichtigen Frage durch die Regierung entspricht nicht der Würde des Hauses. (Unterbrechung durch Vizepräsident Dr. Paasche.) Die kaufmännischen Angestellten werden wieder einmal an der Nase herumgeführt. Bei der Durchführung der Sozialpolitik darf auf keine und kleinste Betriebe keine Rücksicht genommen werden. Die Interessen der zahlreichen Angestellten gehen voran. Wenn man wahrhaft Sonntagsruhe wünscht, darf man keine Ausnahmen machen. Wenn Sie (zum Zentrum) ein bißchen christliche Wahrheitsliebe besitzen, müssen Sie zugeben, daß der erste Antrag auf Sonntagsruhe nicht von Ihnen, sondern von Bebel ausgegangen ist. (Lolde des Vizepräsidenten: Vizepräsident Dr. Dove: Ich nehme an, daß Sie kein Mitglied des Hauses gemeint haben, das Wahrheitsliebe vermissen läßt. Abg. Quard: Nein! Vizepräsident Dr. Dove: Es wäre auch nicht anzunehmen, da ja Herr Ersberger eine solche Behauptung nicht aufgestellt hat. — Jurist Ersberger: Es stand aber doch schon vorher im Kongr. Prot. Beterkeit.) — Quard fortsetzend: Geht es so weiter, dann gibt es überhaupt keine Sonntagsruhe mehr. Dabei fordern die Arbeiter jetzt sogar die Samstagvormittagsruhe. Herr Ersberger vertritt lediglich die Interessen des Geldsacks. Zum mindesten müssen wir uns dahin einigen, daß die Sonntagsbeschäftigung auf die frühesten Morgenstunden beschränkt und auf das geringste Maß zurückgedrängt wird.

Abg. Birkenmayer (Zentr.): Es ist unmöglich für den Großhandel und die kleineren Betriebe dieselben Bestimmungen über die Sonntagsruhe einzuführen. Die Sozialdemokratie mühte an unsere Seite treten, wenn sie wirklich den Mittelstand schonen will. Den jungen Leuten steht, wenn sie auch einige Stunden am Sonntag zu tun haben, genügend Zeit zur Erholung zur Verfügung.

Abg. Marquart (Nat.): Für meine eigene Person trete ich für völlige Sonntagsruhe ein. Der Einführung stehen nur Vorurteile gegenüber. Hier stehen nicht mehr Schwierigkeiten entgegen als bei der Einführung der Sonntagsruhe für die übrigen Gewerbebetriebe.

Abg. Graf Posadowski: Die Vorlage ist nicht so freundlich aufgenommen worden, wie man es angesichts der jahrelangen Agitation hätte erwarten sollen. Der Entwurf stellt einen Schritt auf dem Wege zur vollkommenen Sonntagsruhe dar. Der große Fehler der Vorlage besteht darin, daß sie zu viel Ausnahmen schafft. Möglichst klare Bestimmungen sind notwendig. Es mühte auch eine Unterscheidung zwischen großen und kleinen Städten gemacht werden.

Abg. Feuerlein (Soz.): Das Eintreten für völlige Sonntagsruhe liegt im Interesse eines gesunden Mittelstandes. Ein Unterschied zwischen Stadt und Land ist nicht zu machen.

Abg. Paulh (Zentr.): Wenn man den gerechten Forderungen der Großstadt glaubt Rechnung zu tragen, sollen, so mag man das tun, dabei braucht man aber nicht Kaufleute von Eritenagen auf dem flachen Lande zu ruinieren. Während man sonst dem Mittelstand helfen will, schädigt man ihn hier aufs Schwerste.

Abg. Giesberts (Zentr.): Die Kommission mühte sich eingehend mit den Einwendungen des Mittelstandes beschäftigen. Es läßt sich sehr wohl das Interesse der Angestellten wahren, ohne den Mittelstand zu schädigen. — Die Vorlage geht an die Kommission von 28 Mitgliedern. Die Verweisung an die bestehende Gewerbeberathungskommission wird abgelehnt. Morgen 11 Uhr: Zweite Lesung des Etats des Innern. Schluß 6 Uhr.

Gerichtszeitung.

Schwurgericht.

§ 301 Strafgesetzbuch, 16. Januar.

6. Körperverletzung mit Todesfolge.

In der Nacht vom 8. auf 9. November vergangenen Jahres, ungefähr um 8 Uhr nachts, kam der Wächter der Pforzheimer Bach- und Schließanstalt, Thomas Krauter, auf seinem Dienstgang an das Haus Jahnstraße 1. Er fand die Haustüre offen und leuchtete deshalb den Hausgang ab; er sah darin eine im Haus wohnende Kellnerin und bei ihr stehend einen jungen Mann, den Goldschmied Dittler. Der Wächter wies letzteren aus dem Hause heraus, es kam zu Meinungsverschiedenheiten und auch zu Tätlichkeiten zwischen beiden; plötzlich zog Krauter einen Revolver und gab auf Dittler einen scharfen Schuß ab, der diesen in den Unterleib traf, eine schwere Verletzung verursachend, an der Dittler am 13. November starb.

Das nächste Drama spielte heute vor dem hiesigen Schwurgericht ein gerichtliches Nachspiel; der Wächter Thomas Krauter auf Eßlingen hatte sich wegen Körperverletzung mit Todesfolge zu verantworten. Den Vorsitz der Verhandlung führte Landgerichtsdirektor Dr. Dölter. Die Anklage vertrat Staatsanwalt Dr. Hajner. Verteidigt wurde der Angeklagte von Rechtsanwalt Steinle-Pforzheim.

In die Verhandlung wurde eingetreten mit der Vernehmung des Angeklagten; dieser ist am 30. August 1888 zu Eßlingen geboren, nach seiner Schulentlassung erlernte er das Häckerhandwerk. Im Sommer 1912 gab er diesen Beruf auf und trat bei der Pforzheimer Bach- und Schließgesellschaft als Wächter mit einem Gehalt von 55 und später 90 M. ein. Dort war er im Dienst bis zu seiner Verhaftung wegen der unglücklichen Schießerei.

Der Angeklagte erzählt den Hergang der Tat folgendermaßen: In der Nacht vom 8. auf 9. November v. J. kam ich auf meinem Dienstweg an das Haus Jahnstraße 1. Ich fand die Haustüre offen und leuchtete deshalb den Hausgang ab. Auf der ins Haus führenden Treppe stand die ins Haus gehörende Kellnerin Theresie Schneider mit einem jungen Mann. Da ich Weisung habe, auf verdächtige Personen Acht zu haben, leuchtete ich dem Fremden ins Gesicht, um ihn anzusehen. Er gehörte nicht ins Haus, ich fragte ihn, was er da mache. Er sagte: „Sie sehen ja.“ Ich habe dies für sehr frech gehalten und den Mann auf dem Hausgang vertrieben. Er ging auch heraus, fing aber zu schimpfen an und nannte mich einen groben Bauer. Wir gerieten in Tätlichkeiten, ich zog das Seitengewehr, der Mann hieb mit einem Stock auf mich ein. Da mich der an einer Keine, die er um den Leib gebunden hatte, angebundene Hund, sowie die Schlüsselbund hinderte, konnte ich mit dem Seitengewehr nicht ausrichten. Da der Fremde immer noch nach mir schlug, zog ich den Revolver und gab einen Schuß ab. Der Mann ging darauf weg.

Dieser Darstellung gegenüber werden die Aussagen des Getöteten, des 35jährigen Goldschmieds Dittler, dieser unter Eid vor einer Gerichtsperson kurz vor seinem Tode machte, verlesen. Darnach hat der Wächter den Dittler, nachdem er ihn in barsche Weise gefragt hatte, was er da mache, in ebenso barscher Weise aus dem Hausgang vertrieben. Dittler sei dann gleich herausgegangen, habe aber dem Wächter gesagt, daß ihn das ja gar nichts angehe, was er da mache, er sehe doch, daß das Mädchen

ins Haus gehöre. Darauf sei gegenseitig geschimpft worden, sie seien in Tätlichkeiten gekommen und er, Dittler habe gleich darauf das Feuer des Revolvers aufblitzen sehen und einen heftigen Schmerz in der linken Hand und im Unterleib verspürt. Er sei noch zur Polizeiwache gegangen und habe Anzeige erstattet.

Als erster Zeuge wird der Direktor des Pforzheimer Bach- und Schließinstituts, Hermann Schmidt, vernommen. Er schildert den Angeklagten als brauchbaren, tüchtigen Wächter, mit dem man zufrieden war; allerdings sei er das, was man einen „Raubhau“ nenne. In der Instruktion der Wächter sei das Mitführen einer Schutzwaffe nachdrücklich unterzogen worden. Der Eigentümer des Hauses Jahnstraße 1 ist nicht Abonnent der Gesellschaft, der Wächter hatte lediglich eine vom Hausgang des Hauses Jahnstraße 1 in einen Laden führende Tür zu kontrollieren.

Da der Angeklagte in Pforzheim im Ruhe steht, daß er die Manie habe, Liebespärdchen nachzupflücken und diese aufzuspüren, wird eine Reihe von Zeugen gehört, die in dieser Richtung mit dem Angeklagten Erfahrungen gemacht haben. Den Zeugen Schreiner Rudolf Höllmüller hat der Angeklagte einmal, als er mit einem Mädchen auf einer Bank in einer Anlage saß, aufgeschauert und weggegriffen. Da das Mädchen sehr veranlagt war, sei er mit ihr fortgegangen. Auch den Zeugen Julius Reinbold hat der Angeklagte einmal in einer Anlage mit einem Mädchen angetroffen und ihn angefahren, er solle machen, daß er da fortomme. Der Zeuge habe sich diese Behandlung vom Wächter nicht gefallen lassen und sei mit diesem in Wortwechsel gekommen; dabei habe der Angeklagte gesagt: „Wenn Du was willst, schließ ich Dir eine Kugel in den Ranzel.“ Es kam dann aber zu keinen Weiterungen.

Es wird dann eine ganze Reihe von Zeugen vernommen, die ähnliche Angaben machen. Auch einige Schußleute wissen anzugeben, daß der Angeklagte öfter Liebespärdchen nachspürte. Ein weiterer Zeuge Wilhelm Siegel, ein Freund des getöteten Dittler, schildert diesen als braven, verträglichen Menschen, der überall angesehen und beliebt gewesen sei.

Darauf wird die 35jährige Kellnerin Theresie Schneider vernommen. Die Zeugin ist das Mädchen, mit der der Getötete in fraglicher Nacht im Hausgang stand. Sie schildert den Hergang genau wie der Verstorbenen in seinen Angaben vor der Gerichtskommission kurz vor seinem Tode. Krauter sei derjenige gewesen, der zuerst draufgeschlagen habe. Die Zeugin hat gehört, wie der Wächter seinen Hund auf Dittler gehetzt hat. Als sie die Treppe zum Haus hinaufging, um der Szene ein Ende zu machen, hörte sie, wie gleich darauf der Wächter sagte: „Wenn Sie jetzt nicht rausgehen, schieß ich Ihnen eine Kugel durch den Ranzel.“ Gleich darauf sei ein Schuß gefallen; die Zeugin ist nicht mehr heruntergegangen, sie hat erst am nächsten Tage erfahren, daß Dittler erschossen war.

Die Zeugen Friseur Landmesser und dessen Ehefrau haben von ihrer Wohnung aus den Wortwechsel zwischen dem Angeklagten und Dittler mit angehört. Die Frau hat auch gehört, wie nach dem Schuß eine Stimme sagte: „Du haust mich nicht mehr.“

Der Zeuge Albert Walter ging in der Nacht vom 8. auf 9. November zur fraglichen Zeit in einiger Entfernung vom Tatort über die Jahnstraße. Er hat streitende Stimmen gehört, von denen eine sagte: „Was, der haust auch noch nach mir?“ Wenn Du noch einmal haust, schließ ich Dich grad zusammen.“ Im selben Augenblick sei ein Schuß gefallen. Gesehen hat der Zeuge nichts.

Der Zeugin Bührer gegenüber hat der Angeklagte bei Gelegenheit eines Gesprächs mit ihr einmal geäußert: „Ach was, ich hab keine Angst, wenn einer kommt, schließ ich ihm ganz einfach eine Kugel in den Ranzel.“

Nach Vernehmung zweier Schußleute, die nichts wesentliches zutage fördert, erhält Bezirksarzt Medizinalrat Dr. Maler zur Erstattung seines Gutachtens das Wort. Der Sachverständige hat die Leiche des Erschossenen vorgenommen. Die Todesursache war eine Bauchfellentzündung, die als Folge der Schußverletzung eingetreten war. Der Tod war die unmittelbare Folge der Schußverletzung.

Der Sachverständige Dr. Schäfer schließt sein Gutachten dem des Medizinalrats Dr. Maler an.

Nach 1 Uhr tritt eine Mittagspause ein; Wiederbeginn der Verhandlung: 4 1/2 Uhr.

Nachmittagsitzung.

Um 4 1/2 Uhr wird die Verhandlung wieder aufgenommen. Es kommen zunächst die an die Geschworenen zu stellenden Fragen zur Verlesung; es sind deren drei und lauten: 1. Ist der Angeklagte schuldig, in der Nacht vom 8. auf 9. November v. J. den Goldschmied Herrmann Albert Dittler vorsätzlich mit einer Waffe fortpärdlich mißhandelt und an der Gesundheit geschädigt zu haben? 2. Ist durch die dem Dittler dadurch zugefügte Verletzung der Tod verursacht worden? 3. Im Falle der Bejahung der Fragen 1 und 2: sind mildernde Umstände vorhanden?

Staatsanwalt Dr. Hajner behandelt in seiner Anklageerzählung eingehend den Hergang der Tat und die Vernehmung der Zeugen und die Befugnisse ihrer Wächter. Die Instruktion tragen rein privaten Charakter, ihre Angestellten sind lediglich Privatpersonen, die sich keinerlei Polizeigewalt anmaßten haben. Des Wächters Pflicht ist lediglich Vernehmung und Schließung der ihm zugeteilten Häuser. Wenn er dabei irgend etwas Verdächtiges bemerkt, so hat er die Polizei zu benachrichtigen; das Recht, persönlich einzuschreiten, hat er nur, wenn er sieht, daß irgendwo eine gefährliche Handlung vorbereitet oder ausgeführt wird und das kann jede beliebige Privatperson auch. Der Angeklagte habe absolut gar keine Vernehmung gehabt, gegen Dittler irgend wie vorgegangen. Das Motiv des Angeklagten sei lediglich darin zu erblicken, daß er, um dem ihm widersprechenden Dittler gegenüber seine eingebildete Autorität zu wahren, zum härtesten Mittel greift. Von Notwehr in irgend einer Form könne keine Rede sein. Der Staatsanwalt beantragte daher, die beiden ersten Fragen zu bejahen und stellte die Beantwortung der Frage nach mildernden Umständen ins Ermessen der Geschworenen.

Der Verteidiger Rechtsanwalt Steinle vertrat in längeren Darlegungen den Standpunkt, daß der Angeklagte in Notwehr gehandelt habe. Er beantragte daher die beiden Schuldfragen zu verneinen; im Falle der Bejahung der Schuldfragen beantragte er, auch die Frage nach mildernden Umständen zu bejahen; denn diese seien dem Angeklagten in weitestem Maße zuzubilligen. Nach einer kurzen Replik und Duplik von Staatsanwalt und Verteidiger gibt Vorsitzender Landgerichtsdirektor Dr. Dölter noch einmal eine übersichtliche Darlegung der der Beurteilung dieses Falles zu Grunde liegenden Rechtsbegriffe, worauf die Geschworenen sich zur Beratung begeben. Nach kurzer Beratung verkündet der Obmann den Spruch der Geschworenen. Beide Schuldfragen und auch die Frage nach mildernden Umständen werden bejaht. Das Urteil lautet auf 2 Jahre 6 Monate Gefängnis, abzüglich 3 Monate Untersuchungshaft. Der Verurteilte hat die Strafe angenommen.

Ein blinder Mörder. Die Schwurgerichtsverhandlung vor dem Mannheimer Schwurgericht gegen den erblindeten Knobflehner Heint. Büdler aus Ziegelhausen nahm einen ganzen Tag in Anspruch. Büdler war beschuldigt, den Maurer Hug aus Ziegelhausen bei Heidelberg nach einem vorausgegangenen Wortwechsel derart mißhandelt und gewürgt zu haben, daß Hug kurz darauf starb. Das Urteil lautete auf 4 Jahre Gefängnis und 3 Jahre Ehrverlust.

Der Wahlkampf im 7. badischen Reichstagswahlkreis.

Die Agitation für die Reichstagswahl ist bei allen Parteien im vollen Gange. Der Wahlkampf des Zentrums spielte sich aber in gewohnter Weise mehr auf persönlichen Gebieten ab. Der „glänzende“ Zentrumskandidat Wirth ist das Haupt. Von dem „vielbewährten“ Programm des Zentrums ist sehr wenig zu hören. Die Schläger sind: „Die Religion ist in Gefahr“, „Jesuitenverbanng“, „Großblockpolitik“, „Bergemaltigung der Kirche“, „Jenaer Stichwahlbedingungen“, „Monistenbund“ und zum Schluß: „Wählen Sie am 3. Februar für Freiheit und Fortschritt.“ Großartig! Doch von der Zentrumsfreiheit müssen wir an Hand vieler Beispiele genügend Weisheit und mit dem „Fortschritt“ ist es nicht weit her. Kein Wort wie sich das Zentrum zur künftigen Reichspolitik stellt. Die Zentrumsparität hat alle Militärforderungen mit Surra bewilligt, dem Volk immer mehr neue Lasten auferlegt und die Steuerkraft des Volkes erschöpft. Trotzdem heißt es aber beim Zentrum: „Für Freiheit und Fortschritt“

Von unserer Seite wurden an den letzten 2 Sonntagen 24 Versammlungen abgehalten, die alle gut besucht waren, und herrschte für unsere Sache eine gute Stimmung. Am nächsten Sonntag gelangt das zweite Flugblatt zur Verbreitung, wo zu erwarten ist, daß die Genossen allerorts im Kreise auf dem Posten sind. Wenn jeder Genosse seine Pflicht erfüllt, dann werden wir den Kampf in Ehren bestehen.

Aus der Partei.

8. badischer Reichstagswahlkreis. Die Mitgliedschaften werden erlucht, die Rechnungen und Gelder sofort an den Kreisassessor einzusenden. Otto Sier, Kreisassessor.

Aus dem Lande.

Baden-Baden.
K. Familienfeier der freien Turnerschaft. Morgen Sonntag, 18. Januar, abends halb 9 Uhr, hält die freie Turnerschaft im Hotel „Badreith“ ihre Familienfeier, verbunden mit Konzert, turnerischen Aufführungen, Gesang und darauffolgendem Tanzfröhchen, ab. Hierzu sind alle Gewerkschafts- und Parteigenossen freundlich eingeladen.

Aus dem Bürgerausschuß. In der letzten Bürgerausschußsitzung wurde das Projekt des Krankenhausneubaus genehmigt. Weiter genehmigte der Bürgerausschuß die Errichtung eines neuen Schulbaus im Stadteil Nächstental mit einem Aufwand von rund 480 000 M. Der Oberbürgermeister teilte in der Sitzung mit, daß infolge der hohen Aufwendungen der Stadt die Umlage für das Jahr 1914 erhöht werden müsse, trotzdem werde Baden unter den Städten der Städteordnung den niedrigsten Umlagefuß haben.

Heidelberg, 16. Jan. Schwere Betriebsunfall. Auf dem Bauplatz der neuen Kaserne ereilte heute nachmittags bei der Baufirma Nalder beschäftigte Maurerpolier Bauer dadurch einen schweren Unfall, daß er beim Kollapsen auf der Kreisstraße dem Sägeblatt zu nahe kam, so daß ihm an seiner linken Hand 3 Finger glatt abgeschnitten wurden. Bauer ist verheiratet und Vater mehrerer Kinder.

Mannheim, 16. Jan. Der Bankbeamte Steingräber, der bei der Badischen Bank hier in Stellung war und vor einigen Tagen nach Unterschlagung von 8000 M. plötzlich verschwunden, hat sich in Frankfurt selbst der Polizei gestellt.

Waldbach, 16. Jan. In vergangener Nacht brach im Anwesen der Frau Karl Oster Feuer aus, dem in kurzer Zeit das Wohnhaus und das Oekonomiegelände zum Opfer fielen. Die Brandgeschädigte ist verheiratet.

Waldbach, 16. Jan. Vorgestern abend brach im Anwesen des Gasthauses zur Traube Feuer aus. Die oberen Wohnräume und der Dachstuhl wurden zerstört. Fährnisse und Vieh wurden gerettet. Entstehungsurache ist unbekannt.

Heidelberg, 16. Jan. Gestern morgen wurde auf der Straße nach Griesheim ein Mann aus Wies ertrunken im Schnee liegend aufgefunden.

Langenbrunn, 16. Jan. In einem Schuppen des Bahnarbeiters Reimling brach Feuer aus, das durch rasches Eingreifen

fen bald wieder gelöscht werden konnte; es ist immerhin ein Schaden von über 1000 M. entstanden.

Kappelwies, 16. Jan. Der Landwirt Theodor Seifried stürzte vom Heuboden, wodurch er sich eine schwere Verletzung zuzog, daß er starb. Er hinterläßt eine Witwe und neun Kinder.

Badische Jubiläumsausstellung für Industrie, Handwerk und Kunst, Karlsruhe 1915. Der Verband Süddeutscher Industrieller hat an seine sämtlichen badischen Mitglieder nochmals ein Exemplar der Ausstellungsbedingungen sowie ein Anmeldeformular nebst Lageplan und Verzeichnis des Komitees für die Badische Jubiläumsausstellung für Industrie, Handwerk und Kunst, Karlsruhe 1915 versandt. In einem Begleitschreiben wird mitgeteilt, daß der Bauarbeiten nun endgültig festgelegt ist und, sobald die Abräumungsarbeiten auf dem alten Bahnhofs beendet seien, mit dem Bau der Maschinenhalle und der Gebäude der Industrie begonnen werde. Da bereits eine größere Anzahl Anmeldungen und Vormerklungen auf Plätze für die Ausstellung eingegangen sind, und bei den etwas beschränkten Raumverhältnissen überzogene Flächen für die Industrie leider nicht zur Verfügung stehen, dürfte es im eigenen Interesse der Mitgliedsfirmen des Verbandes Süddeutscher Industrieller liegen, die eine Beschädigung der Badischen Jubiläumsausstellung ins Auge gefaßt haben, ihre Anmeldungen baldmöglichst einzusenden, zumal den Ausstellern, die ihre Anmeldung frühzeitig einreichen, besondere Vergünstigungen durch Gewährung eines Rabatts auf die Platzmiete eingeräumt werden sollen. Der Verband fordert die Mitgliedsfirmen auf, ihre Anmeldungen baldmöglichst an die Ausstellungsgesellschaft in Karlsruhe oder an die Geschäftsstelle des Verbandes in Mannheim, Prinz-Bismarckstraße 23, einzusenden und mitzuteilen, welche Fabrikate zur Ausstellung gelangen sollen und zunächst unerschütterlich wie viel Platz unter Umständen seitens der einzelnen Firmen benötigt werden würde, damit bei etwaigem Platzmangel eine Erweiterung des Ausstellungsgeländes bei Zeiten noch in die Wege geleitet werden kann.

Der Monat Dezember 1913 hat nach den Feststellungen des Zentralbureaus für Meteorologie und Hydrographie mehrmals einen Anlauf zu winterlichem Wetter genommen, jedoch ist er im ganzen mild, dabei trüb und reich an Niederschlägen gewesen. Tiefere Kältegrade sind nur in der Rheinebene vorgekommen. Die Niederschlagsmengen haben fast überall die Durchschnittswerte weit hinter sich gelassen, nur am Bodensee, sowie stellenweise im südbahischen Schwarzwald sind sie etwas zu klein ausgefallen. Mehrmals hat eine das ganze Land einhüllende Schneedecke bestanden. Die Bewölkung ist so stark gewesen, daß an mehr als der Hälfte aller Monatsstage die Sonnenstrahlen nicht durchdringen konnten, gleichwohl hat die Sonneneinstrahlung in Karlsruhe nahezu der durchschnittlichen entsprochen. Die Höhen sind dagegen mehr begünstigt gewesen, indem dort die Sonne länger gesehen hat, als in den Tälern.

Aus der Stadt.

Karlsruhe, 17. Januar.
Gewerkschafts-Kartell Karlsruhe.
Wir fordern die Mitglieder der Gewerkschaften auch an dieser Stelle auf, vollständig in der am Sonntag früh im Colosseum stattfindenden Protestversammlung zu erscheinen. Jeder organisierte Arbeiter hat die Pflicht, gegen den geklauten Koalitionsrechtsraub und für eine Erweiterung desselben zu demonstrieren.

Kinder, gebt acht auf die Straßenbahn!
Die Eltern werden immer wieder auf die Gefahren aufmerksam gemacht, die der Jugend durch den Betrieb der Straßenbahn und Kleinhahnen drohen. Insbesondere zur Ferienzeit mehren sich erfahrungsgemäß die Unfälle, die Kindern zustoßen.

Die Unfallsfälle sind in der Hauptsache auf folgende Ursachen zurückzuführen: Gewöhnlich spielen die Kinder neben oder auf den Gleisen — besonders gern bei aufgedrohenem Pflaster — und entfernen sich beim Herannahen der Züge trotz Warnungsschildern nicht rechtzeitig; oder sie laufen aus Unachtsamkeit direkt vor die Wagen. Andere spielen in Seitenstraßen und wollen in jenem Lauf die von Straßen- und Kleinbahnzügen befahrenen Straßen kreuzen, ohne sich davon zu überzeugen, ob Züge sich nähern. Wieder andere laufen aus Übermut dicht neben den Zügen her und versuchen, die Gleise noch unmittelbar vor den Wagen zu überstreifen.

Auch sind Kinder dadurch zu Schaden gekommen, daß sie vor den Zügen Händlörper oder andere Gegenstände auf die Schienen legen oder nach dem Aussteigen aus Straßenbahnwagen hinter diesen eilig die Gleise überstreifen, ohne sich zu überzeugen,

fernt sich, verlieren die geräuschvollen Instrumente nicht unwesentlich an ihrer behaupteten Färbung. Aber auch sonst wurde der Saal im allgemeinen für viel zu klein und beengend befunden und viele Kenner behaupten, den ersten Eindruck des Konzerts bei diesem Konzert nicht voll auf gefunden zu haben.

Und nun zum Programm! — Zunächst macht uns Max Reger mit seiner jüngsten Schöpfung Opus 128 bekannt. Diese setzt sich aus vier Konzerten nach Richard Arnold Böcklins zusammen. Eine vielgerühmte geistige Tiefe, die Böcklin in diese Bilder versenkt hatte, hat in Reger eine gleichwertige Saite ausgesprochen und aus diesem feinsten Witterstücken heraus fand er die richtige Inspiration zum flanglichen Nadelstich. Der Regerischen Verionung mit geschlossenen Augen folgten, erstehen die Böcklinschen Bilder von neuem wieder in ihrer jatten Farbenpracht vor unserer Seele. Und das ist das Große am Opus 128, daß es genau mit der namentlichen leuchtenden Palette eines Böcklins gemalt und in der gleichen zeichnerischen Linie ausgebaut ist. „Der geistige Eremit“ träumt in erster Weltabgeschiedenheit eine personelle, weltferne Melodie auf seiner Geige; — vom Irdischen losgelöst, das Jenenseitige in finstlichem Vertrauen erwartend. Solologe und Orchester vereinigen sich hier zu einem ergreifenden Zauber weltmüder Harmonien. „Im Spiel der Wellen“, das köstliche Bild jähender Meereshymnen und Tritonen — wer kennt es nicht — entzückt durch die überprudelnde, leichtbewegte, plätschernde Melodie. Helles Klären finsterer Reges, breites Kräusen ungeschlächter Meeressinen, — alles weiß Reger mit den Instrumenten nachzuerzählen. Die „Toteninsel“, musikalisch und harmonisch ebenfalls äußerst reizvoll, läßt durch ihre thematische breite Ausladung und durch ein Juwel der symphonischen Erfindung nicht so recht das Böcklinsche Urbild in uns aufkommen. Schwarz in schwarz, düster in düster muten die starren Felsen auf der regungslosen Wasserfläche an; die Musik aber hat zu frähtige Kontraste und des Ätern zu grelle Lichter. Das „Pacchiana!“ jedoch darf man als einen Ausbruch musikalischer Willkür bezeichnen. Auch hier macht Reger im satteften Kolort. Leidgeschürzte Dirnlein, plumpe derbotige Heber, liebesüchtige Fraue, glühende Bekären, alle sänger des süßen Weines voll; — neckisches Trappeln von flinken Füßchen lendenentblöhter Tanzmädchen, grobe Schwanzschritte trunfener Schlemmer, ab und zu ein heiteres Riederquächeln, das hallend erklingt und über dem allen einsetzende, zügellose Leidenschaftlichkeit und Weintauschläm... so zeichnet Reger nach Böcklins Manier.

in entgegengesetzter Richtung auf dem zweiten Gleis ein Zug fährt. Auch hängen sich die Kinder vielfach an Straßenbahnwagen, sehen sich auf die hintere Klammbohle, stellen sich auf die Tritte anfahrnder Wagen, um unterwegs abzuspringen. Dabei können sie leicht unter den Wagen geraten.

Größere Knaben (auch Erwachsene) auf Fahrträdern fahren mit dem Wagen um die Wette oder halten sich an diesem fest, ein Verfahren, das in engen und unübersichtlichen Straßen, deren es in vielen Städten eine große Zahl gibt, zu schmerzlichen Unfällen Veranlassung geben kann. An die Eltern ergeht daher die dringende Mahnung, die Kinder auf die Gefahren der Straße und insbesondere auf die Gefährlichkeit der Straßenbahn hinzuweisen und ihnen Vorsicht einzufärben.

Die nächste Veranstaltung der „Heimatlichen Kunstpflege“ am Montag den 19. d. M., abends 8 1/2 Uhr, im „Protobil“, verspricht einen sehr interessanten Abend. Die Firmen S. Dringenberg, C. Grohkopf, F. Glah hier haben sich bereit gefunden, eine größere Anzahl von Glasgemälden auszustellen. So wird die Glasmalerei in vorzüglichen Darbietungen von mittelalterlichen Proben an bis auf die Erzeugnisse der Neuzeit den Besuchern im leuchtenden Bild gezeigt werden können. Stücke nach Holbein werden wechseln mit Werken, z. B. von Albrecht, die den modernen impressionistischen Stil in wunderbarer Klarheit zum Ausdruck bringen. Für eine geeignete Beleuchtung der Bilder, die bei verdunkeltem Saal von der erhellten Bühne aus gezeigt werden, ist gesorgt, so daß die Farbenpracht der Bilder schon herauskommt. Der Vortrag des Herrn Professor Ue wird so auf das beste illustriert werden.

Einwohnerzahl. Nach der Berechnung des badischen Statistischen Amtes hatte die Stadt Karlsruhe Ende Dezember 148 197 Einwohner.

Verlegung des Altstadtbahnhofs. Die badische Lokalbahn gibt bekannt, daß vom kommenden Montag an die Station Karlsruhe 9 Festplatz der Altstadtbahn außer Betrieb gesetzt und der neue provisorische Endbahnhof an der neuen Bahnhofstraße für den gesamten Verkehr in Betrieb genommen wird. In der neuen Station der Altstadtbahn wurden in den letzten Tagen zwei Wellblechhäuser montiert, die an Stelle des bisherigen Aufnahmegebäudes benützt werden sollen.

Veranstaltungen.

Elisab. im Stadtpark. Heute Samstag, 17. Januar, nachmittags von 3-5 Uhr, findet bei der Elisab. im Stadtpark Konzert einer Abteilung der Dragoner-Kapelle statt. Näheres siehe das Inserat in heutiger Nummer.

Arbeiterbildungsverein. Montag, 19. Januar, abends halb 9 Uhr, hält im Hause des Vereins Wilhelmstraße 14 Konzelektor A. A. Flein einen Vortrag (mit Lichtbildern): „Der Ruhest des Tieres“. Der Besuch ist unentgeltlich. Gäste, auch jugendliche, sind willkommen.

Die Karnevalsgesellschaft des Gesangsvereins „Sabinia“ hält morgen Sonntag, nachmittags 4 1/2 Uhr beginnend, im Saale zum „Nühlen Krug“ ihre erste Damen- und Fremdenfeier ab. Es sind zu dieser Veranstaltung eine Anzahl erster und bedeutender hiesiger Witterredner und Humoristen gewonnen worden, die die Scherzen ihres Humors öffnen werden. Von 4-5 Uhr findet Konzert der Artillerie-Kapelle Nr. 50 unter Leitung von Obermusikmeister Schotte statt; die Kapelle wird auch während der Sitzung spielen. Das zusammengestellte Programm verspricht einen humorvollen, fröhlichen Verlauf der Veranstaltung.

Colosseum. Gestern abend eröffnete das bestbekannte Ensemble aus Innsbruck einen monatlichen Gastspielzyklus mit dem steiermärkischen Volksstück „Vater Jakob“ von Karl Morcc. Während ihres elfjährigen Bestehens konnte sich die Erl-Bühne des allgemeinen Interesses und der unumwundenen Anerkennung aller literarischen und künstlerischen Kreise erfreuen. Es trifft auch tatsächlich bei diesem Künstlerensemble alles das zu, was wir in einem statklichen Bande gesammelter Reheurtelle gerührt und herabgehoben finden. Kein Bauertheater mit hilfloser und ungeformter Darstellungsmannier, kein Geblirler-Theaterdirektor fürs Fach aller guten Rollen und seine billigen Effektmittel, sondern hier ist alles abgeklärt, zum Vollkommen strebende Bühnentechnik, Beachtenswerte und einwandfreie Darstellung von künstlerischen Impulsen getrieben und beseelt, und jeder Darsteller ein Meister mimischen Könnens, zum guten Gesingen des Ganzen auf seinen Platz gestellt. Auch die Wahl der Stücke unterscheidet sich wesentlich von derjenigen üblicher Dialekt-Ensembles. Bei Erl herrscht als vornehmstes Motiv die Pflege literarischer Heimatkunst vor; d. h. die Innsbrucker Naturdramatiker wollen uns mit den besten Bühnenergebnissen der besten und neu aufstrebenden Volksdichter des warmfliegenden, jonnigen tyroler Dialekts bekannt und vertraut machen. Schon um dieses geistigen Verdienstes willen sollte man nicht achtlos an dem ehelich ringenden, ganz vorzüglichen Erl-Ensemble vorbeigehen. Für heute fehlt uns der Raum, die tatsächlich muftergültigen Leistungen der Erl-Truppe aus-

Als Solist war Alexander Schuller (Violine) aus Moskau gewonnen, der das Violinonzer E-Moll, Op. 64, von Mendelsohn-Bartholdy mit geradegu beispielloser Bravour meisterte. Singend und schön war sein Ton, geistvoll die Auslegung der einzelnen Sätze und in technisch-virtuoser Beziehung verdiente die brillanten Kadenz des ersten Satzes wie die souveräne Beherrschung des schwierigen dritten Satzes weitgehende Anerkennung. Das Publikum war vom Spiel Alex. Schullers begeistert und sollte stürmischen Beifall. — Den Abschluß des genutzreichen Abends bildete die „Pastorale“ von Beethoven. Genießt Reger bei den überlieferten Klaffern nur zu gerne die Regel der Tradition und des Stilleschaltens unter seine modern-empfindende Persönlichkeit und mandamal kommt dann etwas anderes dabei heraus wie „Beethoven“; aber trotz alledem wird letzten Endes eben doch immer wieder „Rusi!“ daraus. Musik, die lebt, die Form und Farbe hat und die auch in der Abweichung noch viele ungenannte Schätze birgt. Das war ein „Gewitter-Sturm“, der einem erschauern machen konnte und ein „Girtengefang“ mit nachfolgender „troher Dankbarkeit“, die wirklich einem empfindsamen Gemüt entspringen sein mußten. — So aber läßt sich als Endergebnis feststellen, daß Reger mit seinen Meiningern allenthalben empfangliche, danbare Dergen fand, die ihn in ihrer übersprudelnden Freude zum Gegenstand langanhaltender, stürmischer Ovationen machten. W. Sch.

Theater und Musik.

Die Meiningener Hofkapelle.

Sum 2. Clite-Konzert, das die Hofmusikantenhandlung Hugo Funk Nachf. (Kurt Neufeldt) am Mittwoch abend im Eintrachtsaal veranstaltete, hatte sie sich die vortreffliche Meiningener Hofkapelle unter Leitung ihres genialen Generalmusikdirektors Dr. Max Reger beschreiben. Die Meiningener Reger-Konzerte sind bereits in hiesiger Stadt zum Brennpunkt aller musikalischen Genüsse geworden und es darf deshalb nicht wundern, wenn am Mittwoch der allerdings räumlich beschränkte Eintrachtsaal sehr stark besucht war. Die Leistungen dieses Künstlerorchesters, das wir hier übrigens schon öfters zu hören Gelegenheit hatten, stehen über jedes billige Lob erhaben, denn hier paart sich tiefes Empfinden mit musterergültiger musikalischer Disziplin zu einem wundervollen Ganzen. Der hinlänglich bekannte Umstand, daß diese Kapelle vom Opern- resp. Theaterdienst ständig dispensiert bleibt und somit ausreichend Zeit zum gewissenhaften Probieren für Konzerte hat, bürgt dafür, daß bei den „Meiningern“ jede Konzertsnummer bis ins Feinste ausgeübt und mit allen dynamischen Feinheiten ausgefeilt wird. Selbstverständlich geht damit auch eine virtuose Sicherheit und präzise Konzentration in allen Instrumenten Hand in Hand. Ueber allem aber waltet als oberste Instanz Max Reger selber, der der Instrumentenprande seiner hingebenden Musiker die eigenpersönliche Note seiner Intentionen aufprägt. Wie Reger dies wieder am Mittwoch zu erreichen wußte, mußte demjenigen sofort auffallen, der ihn in nächster Nähe beim Dirigieren beobachten konnte. In scharf rhythmischer, aber ganz kurzer und ruhiger Linienführung bewegte er den Taktstod; doch mit zielbewußtem, klarem Blick hatte er seine Musiker ständig im Auge. Ein flammender Blick zu den Geigen, zu den Hörnern, zu den Fässen oder Schlagzeugen — er genigte und der jeweilige Einsatz kam mit tödlicher Sicherheit. Bei besonders technisch möglichen Stellen, z. B. beim Hornquartett, wandte Reger den Blick nicht von der Instrumentengruppe ab; er suggerierte den Musikern förmlich die ermunternde Konzentration ein und daher mag es wohl kommen, daß bei den „Meiningern“ lörende Nebengeräusche, wie „Krachen“ der Streicher, Ueber schlagen und Gurgeln der Bläser, so gut die ausgeschlossen sind. — Leider wurde für uns die Gesamtleitung der einzelnen Piccen durch unglückliche Bläserung stark beeinträchtigt, denn wenn man nur inany 1/2 Meter von den „Schlagzeugen“ ent-

Spielplan des Hoftheaters Karlsruhe.
Samstag, 17. Jan. C. 30. „Garmen“, große Oper in 4 Akten von Bizet. 7 bis 11 1/2 Uhr.
Sonntag, 18. Jan., nachmittags 2 Uhr: 29. Vorst. auf W. Ernähigte Preise. „Pension Schaller“, Komödie in 3 Akten von Laubs. 2-4 Uhr.
Abends 7 1/2 Uhr: B. 32. Neueinstudiert: „Don Juan“, Große Oper in 2 Akten von Mozart. 7 1/2-10 Uhr.
Montag, 19. Jan. B. 31. „Genoveva“, Tragödie in 5 Akten und einem Nachspiel von Heibel. 7-11 Uhr.
Dienstag, 20. Jan. A. 31. „Figaros Hochzeit“, komische Oper in 4 Akten von Mozart. 7 1/2-10 Uhr.
Mittwoch, 21. Jan. Drittes Sinfoniekonzert des Hoforchesters. Solistin: Kammervirtuosin Frieda Kwasi-Dobay. Programm: Haydn, Sinfonie Nr. 1 Esdur; Viji, Klavierkonzert Esdur; Tschalkowsky, Klavierkonzert Gdur; Brahms, Variationen über ein Thema von Paganini; Weber, Oberon-Ouvertüre. 8-10 Uhr.

Zu zwei wichtigen Fragen

hat die Arbeiterschaft und das freiheitlich gesinnte Bürgertum Karlsruhes morgen früh Stellung zu nehmen. Eine

öffentliche Volks-Versammlung

findet um 10 Uhr im Saale des „Kolosseum“ statt, in der Landtagsabgeordneter Richard Böttger-Mannheim über

„Erhaltung und Erweiterung des Koalitionsrechts“

und Landtagsabgeordneter Wilhelm Kolb-Karlsruhe über

„Volksrechte oder Militärdiktatur“

sprechen werden. Die wirtschaftliche und staatsbürgerliche Freiheit ist in Gefahr. Deshalb:

Auf zum Protest gegen arbeiterfeindliche Scharfmacherpläne und militaristische Anmaßung!

fühllich und nach Gebühr zu würdigen. So viel sei aber heute schon mitgeteilt, daß so ziemlich sämtliche Leistungen von ganz hervorragender Güte waren, und daß das zahlreich erschienene Publikum im höchsten Maße von dem Gebotenen befriedigt war und die Darsteller mit langanhaltendem, stürmischem Beifall auszeichnete. Ueber das Stück und über die künstlerische Bedeutung der einzelnen Darsteller lassen wir in nächster Nummer eine kritische Bewertung folgen. Hoffentlich findet Direktor Ehl auch aus unseren Reihen weitgehende Unterstützung, die ihm für die nächsten Abende den wohlverdienten guten Kassenerfolg sichert.

* Das Residenztheater wartet mit einem vollständig neuen Programm auf, in welchem ein fünfaktiges Schauspiel „Der König der Lüfte“ infolge seiner geschmackvollen Ausstattung und spannenden Handlung allgemeine Bewunderung erregen dürfte. Der Film ist prächtig koloriert und bedeutet in seiner technischen Ausführung eine ganz außergewöhnliche Leistung. Den Höhepunkt des Filmschauspiels bildet die Reise im Flugapparat. Der Zuschauer lernt das Pariser Gesellschaftsleben kennen, ja er wird sogar in einen künftigen Hörsaal geführt, in welchem gerade ein medizinisches Demonstrationstheater stattfindet. Das Programm kann empfohlen werden.

Neues vom Tage.

Schnee und Kälte.

Bingen, 16. Jan. Die Kälte am Mittelrhein hat in der Nacht wieder eine Steigerung erfahren. Am Rhein herrscht ein Frost von 14 Grad, auf dem Dunstfeld 18 Grad Celsius. Der Rhein führt in seiner ganzen Breite eine große Menge Treibeis, jedoch die Schifffahrt gefährdet ist. Der Verkehr kann nur mit großer Mühe aufrecht erhalten werden. Verschiedene Orte an der Mosel sind durch das ungewöhnlich starke Treibeis der Mosel sehr gefährdet. Die Schifffahrt auf der Mosel ist zum Teil eingestellt.

Paris, 16. Jan. Aus allen Gegenden Südfrankreichs laufen Nachrichten über große Kälte und reichliche Schneefälle ein. In Rouen liegt der Schnee 40 Zentimeter hoch. In Beziers ein Meter hoch. Der Verkehr in den Straßen ist völlig zum Stillstand gebracht. Auf der Eisenbahnstrecke von Villefrance nach Bourg Madam sind zwei elektrische Wagen im Schnee stecken geblieben. Die Reisenden werden auf Kosten der Eisenbahngesellschaft auf dem nächsten Bahnhof verpflegt. In den höher gelegenen Gegenden hat die Kälte 20 Grad unter Null erreicht.

Barcelona, 16. Jan. In ganz Katalonien ist gestern zum erstenmal seit 27 Jahren ein heftiger Schneefall niedergegangen. Das Thermometer zeigte 4 Grad unter Null.

Bestätigung eines Todesurteils.

Leipzig, 16. Jan. Die Revision des vom unterfränkischen Schwurgerichts zum Tode wegen Ermordung seiner Geliebten verurteilten Postillons Weisensee in Zellingen ist vom Reichsgericht verworfen worden.

Eisenbahn-Zusammenstoß.

Borbeck, 16. Jan. Auf einem Bahnübergange fuhr heute vormittag gegen 10 Uhr der Köln-Berliner Schnellzug in einen Straßenbahnwagen. Vier Personen wurden auf der Stelle getötet, 5 schwer und einige leichter verletzt.

Gesunkenes Unterseeboot.

Plymouth, 16. Jan. Das Unterseeboot „A 7“ manövierte zusammen mit anderen Unterseebooten in der Bai von Caswand, die ungefähr 6 Meilen von Plymouth entfernt ist. Nach einigem Manövrieren bemerkte man, daß das Unterseeboot „A 7“ fehlte. Es sollen 12 Mann und 1 Leutnant an Bord gewesen sein. Von Plymouth wurde Hilfe erbitten. Rettungsboote sind sofort nach der Unglücksstätte abgegangen. Ueber das Schicksal der Besatzung ist noch nichts bekannt.

Plymouth, 16. Jan. Das gesunkene Unterseeboot „A 7“ liegt 17 Faden unter Wasser. Die Bemühungen, es zu heben, sind bis um 7 Uhr abends erfolglos geblieben. Infolge der Länge der Zeit, die das Unterseeboot unter Wasser liegt, besteht nur noch sehr geringe Hoffnung, die Besatzung lebend zu bergen.

Plymouth, 16. Jan. Bis 8 Uhr abends waren die Bemühungen, das Unterseeboot „A 7“ zu heben, ergebnislos. Obwohl erklärt wird, daß die Besatzungen von Unterseebooten 12 Stunden lang unter Wasser leben können, hat man in amtlichen Kreisen alle Hoffnung aufgegeben.

Plymouth, 17. Jan. 9 Uhr abends. Die Arbeiten sind eingestellt. Sie werden erst heute früh wieder aufgenommen werden. Als die Taucher zum ersten Male hinabgefahren waren, klopfen sie an den Rumpf des gesunkenen Unterseebootes und erhielten Antwort von der Besatzung. Als sie aber um 6 Uhr abends zum 2. Male hinabstiegen, empfingen sie keine Antwort mehr. Man glaubt, daß die Ursache des Unfalls in einem Versagen der Pumpen, die die Wasserbehälter hätten leeren sollen zu suchen ist.

Letzte Nachrichten.

Der betrügerische Reichs-Freiherr.

Nürnberg, 16. Jan. Der Reichs-Freiherr von Droste zu Vischering, der sich seit Jahren in den verschiedensten Städten Deutschlands planlos umhertreibt und Betrügereien zumieist bei Juwelieren begeht, wurde auf Antrag der hiesigen Kriminalpolizei in Aichaffenburg festgenommen. Er hatte sich von Würzburg für ein hiesiges Juweliergeschäft Waren kommen lassen, mit denen er dann verfuhr. Der Verhaftete ist wegen Betrugs bereits wiederholt schwer bestraft.

Staatliche Radiumbeschaffung.

München, 16. Jan. Der Finanzausschuß der Kammer der Abgeordneten hat in seiner heutigen Sitzung den Antrag der Staatsregierung 600 000 Mark zur Beschaffung von Radium und Mesothorium zu Zwecken der Krebsbehandlung in den Kliniken der drei Landesuniversitäten zu bewilligen, einstimmig angenommen.

Die Zaberner Interpellation im Reichstage.

Berlin, 16. Jan. Wann die Zaberner Interpellationen im Reichstage verhandelt werden, steht noch nicht fest. Es

ist möglich, daß sie schon am Montag auf die Tagesordnung kommen, doch wird auch damit gerechnet, daß sie erst Mitte nächster Woche zur Verhandlung kommen. Von der fortschrittlichen Volkspartei wird Professor von List die Interpellation begründen und Abgeordneter Naumann in der Debatte sprechen. Das Zentrum wird wieder den Abgeordneten Fehrenbach vorziehen.

Der dritte Krupp-Prozess.

Berlin, 16. Jan. Der dritte Krupp-Prozess gegen die Leutnants Rilian und Genossen begann heute vor dem Oberkriegsgericht. Nachdem die richterlichen Offiziere verurteilt und die Sachverständigen und Zeugen aufgerufen sind, wird auf Antrag des Anklageverretters beschloffen, die Öffentlichkeit während der Verlesung des Urteils der ersten Instanz wegen Gefährdung der Staatsicherheit auszuschließen.

Neue Steuern in Frankreich.

Paris, 16. Jan. Unter den von dem Finanzminister Geilung geplanten Steuern sind hervorzuheben: Erhöhung der Gewerbesteuer der Kinematographentheater, Erhöhung der Stempelsteuer beim Verkauf von Geschäften und bei Möbelversteigerungen (Erträgnis 65 Mill. Francs), Erhöhung der Stempelsteuer auf Wertpapiere ausländischer

Man spart

== trotz der allerwärts angepriesenen ==

Inventur-Verkäufe

wenn man seinen Bedarf in **Schuhwaren**

im

Schuhhaus „Erika“

am Ludwigsplatz

Einheitspreis **7.50** ohne Ausnahme
Mk. deckt.

Nur gut verarbeitete Ware in hocheleganten Formen.

Sport- und Arbeiter-Stiefel

in kräftiger Ausführung. 6750

Eisbahn im Stadtgarten.

Samstag den 17. Januar 1914, nachmittags von 3-5 Uhr

Konzert

einer Abteilung der Leib-Dragoonerkapelle Nr. 20. Zu dem Eintrittsgeld für die Eisbahn, das beträgt: für einmüßigen Eintritt . . . 20 Pfg. für eine Dauerkarte für den Winter, die auch zur Benutzung der künstlichen Eisbahn außerhalb des Stadtgartens berechtigt . . . 2 Mark wird ein Musikzulage von 10 Pfg. erhoben (für Erwachsene und Kinder). Die Eisbahnkarten sind nur in Verbindung mit Stadtgartenkarten gültig.

Parti-, Gewerkschafts- und nossen
Freunde der Arbeitersache ::

rauchen 3242

TAG-GEN

Zigaretten

2 - 2 1/2 - 3 - 4 - 5 Pfg.

Tabakarbeiter-Gewerkschaft

E. G. m. b. H. - Stuttgart.

Zu haben in Zig-Geschäften

Töpper, Rappurstrasse 10, und Josef Brehm.

In Durlach: Otto Hoffmann.



Residenz-Theater
KARLSRUHE
Waldstr. 30

Vollständig neues Programm
Samstag, 17. bis inkl. Dienstag, 20. Januar:

Der König der Lüfte.

Grandioses Schauspiel in 5 Akten.

Lehmann und die Indianerin.

Posse, gespielt von André Deed.

Der täuschende Beweis.

Amerikanisches Drama.

Der Kaukasus.

Herrliche Naturaufnahme.

Erste und größte International. Kinematographische Revue:

Militär-Sprengungen, um neue Geschosse auf ihre Sprengwirkung hin zu prüfen.

Experimente des polnischen Ingenieurs Weissblum mit einem von ihm erfundenen Aeroplan.

„Der Schaffstanz“, ein alter seit 400 Jahren in Bayern bestehender Zunftbrauch. 6740

Die Sturmflut richtete in Greifswald (Pommern) und der ganzen Umgegend große Verwüstungen an.

Der historische Festzug in Genf (Schweiz) welcher anlässlich der 100. Jahrfestfeier der Republik veranstaltet wurde.

Gesellschaften, welche keinen Kaufbetrag bezahlen von 2% auf 3% (Ertragnis: 1 090 000 Francs), Erhöhung der Steuer auf Vorkaufsgeschäfte (Ertragnis: 5 200 000 Francs), Abänderung der Zollsätze auf Kunstwerke (Ertragnis: 1 500 000 Francs), Verdoppelung der Zuschlagssätze auf Abfuhre und ähnliche alkoholische Getränke (Ertragnis: 8 330 000 Francs).

Aus Albanien.

Paris, 16. Jan. Ein Telegramm aus Athen an den Temps meldet: Sicheren Nachrichten zufolge ist Essad Pascha auf der ganzen Linie gegen Ismael Kemal siegreich. Mehrere blutige Gefechte sind zu Gunsten Essad Paschas entschieden worden und eine Anzahl Distrikte hat Essad Paschas Oberhoheit anerkannt. Der Vertreter der provisorischen Regierung Ismael Kemal, Aliji Pascha, hat die Stadt verlassen und ist mit einer Anzahl von Anhängern Ismael Kemal auf griechisches Gebiet geflüchtet. Inzwischen sind Mäuserbanden die Herren des Landes. Namentlich die christliche Bevölkerung leidet unter ihnen sehr. Sie haben bereits drei griechische Notablen ermordet.

Valona, 16. Jan. Das Kriegsgericht in Valona hat den türkischen Offizier Bekir Efendi und seine Genossen, die jüngst mit dem Dampfer „Meran“ dort eingetroffen sind, zum Tode verurteilt. Das Begnadigungsrecht steht der internationalen Kontrollkommission zu.

Ram, 16. Jan. Das Marine-Departement in Larent hat Befehl erhalten, alle verfügbaren Torpedoboote bereit zu halten, damit sie im gegebenen Augenblick nach den albanischen Gewässern abgehen können. Es bestätigt sich, daß zwei italienische Bataillone den Prinzen zu Wied auf der Fahrt nach Durazzo begleiten werden.

Spanische Zustände.

Madrid, 16. Jan. Der König hat gestern ein Dekret unterzeichnet, das die Begnadigung des Artilleriehauptmanns Labrador ausdrückt. Er war vom Kriegsgericht zu 6 Monaten Festungshaft verurteilt worden, weil er sich bekanntlich geweigert hatte, eine Messe anzuhören.

Der Streik in Natal beendet.

Kapstadt, 15. Jan. Die heute Vormittag aus allen Teilen des Landes eingegangenen Meldungen besagen, daß überall Ordnung herrscht und die Aufständischen die Arbeit wieder aufnehmen.

Briefkasten des Arbeiter-Sekretariats.

Rußheim. Mit Inkrafttreten der neuen Reichsversicherungsordnung, das ist seit 1. Januar 1912, hat jede Jurisdiktion von Beiträgen aufgehört. Wir würden Ihnen aber raten, Ihre Frau weiter zu versichern. Es entstehen ihr dadurch eine Reihe von Vorteilen.

D. M. C. Wenn der Mietvertrag keine andere Bestimmung enthält, kann bei monatlicher Kündigung die Miete auch im Winter gesteigert werden. Wenn Ihnen die Mietsteigerung am 1. Januar mitgeteilt wird, gilt dieselbe aber erst ab 1. Februar.

Baden-Baden. Ein Deserteur kann sich, wenn er die notwendigen Papiere (Heimatschein) hat, in der Schweiz ungehindert niederlassen.

100. Oberfläch. Aus ändern als in den von Ihnen angeführten Paragraphen darf ein deutscher Staatsangehöriger die Übernahme einer Vormundschaft nicht ablehnen. — Die Verbüßung einer Gefängnisstrafe ohne Ehrverlust ist kein Grund zur Ablehnung einer Vormundschaft.

Vereinsanzeiger.

Karlsruhe. (Gesangverein „Gleichheit“.) Heute abend 8 Uhr Zusammenkunft im Lokal zwecks Ehrung eines Mitgliedes; darauf gemütliches Beisammensein dabei.

Der Vorstand. (Sozialdem. Verein.) Samstag, 17. d. M., abends 8 Uhr, findet im Lokal zur „Linde“ Mitgliederversammlung mit Vortrag statt. Vollzähliges und pünktliches Erscheinen erwünscht. 6744

Buchhandlung Volksfreund

Wir empfehlen ein herrliches Buch von Ignaz Aueri „Nach zehn Jahren“, geb. 8 M. Material und Stoffen zur Geschichte des Sozialistengesetzes mit einer Abhandlung des „Sozialdemokrat“ vom 27. September 1890 als Beilage. „Völkerschlächten und Klassenkämpfe“. Urkundliche Beiträge zur Jahrhundertfeier, gesammelt von A. Conrath. Erster Teil (Band 3 der Bibliothek des Wissens.) Gut gebunden 1 M. — Band 2 des Werkes „Völkerschlächten und Klassenkämpfe“ erscheint eine Woche später in gleicher Ausstattung und zu gleichem Preise. Porto 20 Pf.

Die Millionen Abonnenten und Leser der feindlichen Presse sind größtenteils Glieder des arbeitenden Volkes, und gerade sie sind es, welche dieser zu ihrer Anechtung bestimmten Presse die ungeheure Macht verleihen, über die sie verfügt. Der Arbeiter, der statt eines Arbeiterblattes ein Organ der Arbeiterfeinde hält, begeht einen geistigen Selbstmord, ein Verbrechen an seinen Brüdern, einen Verrat an seiner Klasse. Die Presse ist heute das wirksamste Mittel der Anechtung. Bemächtigen wir uns dieses Hebels und die Presse wird das wirksamste Mittel der Befreiung sein.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Karlsruhe.

Todesanzeige.

Wir setzen unsere Mitglieder hiermit in Kenntnis, daß unser Mitglied

Richard Braum
Metallarbeiter

im Alter von 24 Jahren gestorben ist.
Die Beerdigung findet am Sonntag, 18. Januar, nachmittags 3/3 Uhr in Sulach statt.
Trauerhaus: Sulach, Grünwintlerstraße 2.
Wir ersuchen unsere Mitglieder, sich zahlreich zu beteiligen. 6748
Die Ortsverwaltung.

Trauer-Hüte

aus nur Ia. Crêpe 6585
in jeder Preislage stets vorrätig
S. Rosenbusch, Kaiserstr. 137.

Rechtsanwalt

niedergelassen.
Dr. Max Homburger.
Kanzlei: Kaiserstrasse 88.
Telephon 73. 6551

Rheumatismus
Gicht, Ischias, Nervenleidenden

Aus Dankbarkeit teile ich jedermann umsonst brieflich mit, wie ich von meinem schweren Leiden befreit wurde. 6746
Käthi Bauer, München
Mozartstrasse 5/A 261.

Extra starke, warme Herren-Schuhe, Gr. 45, mit Holzsohlen N. 6, Leberzieher N. 5, Männer-Gamasen N. 4, 50, Wasserbank N. 1, 20, Holzstifte N. 2, schöner Diensthelm N. 5, Eisenrohr, groß N. 1, 50, Steinlein N. 1, Retro-Schängelampe N. 2, —, Reichthum (Eisen) N. 5, Richtiglich N. 4, sehr schöne neue Tischdecken von N. 1, 50 an, Gas-Blister N. 3, 2 gleiche schöne Betten mit hoch. Säupfern, Pat. -Nähte, steil. Matrassen N. 90, f. edige steife Herren-Hüte, 58 bis 66 cm weit, 50 J., zu verl. Refingstr. 33, im Hof. 6749

Rüssen

schön ist ein junges, weißes Gesicht, mit rosig, jugendlichem Aussehen und schönem Teint. Dies erzeugt **Steckenpferd-Seife** (die beste Wischen-Seife) à St. 50 s. Die Wirkung erhöht **Dada-Cream** welcher rote u. rissige Haut weiß u. jammertweisch macht. Tube 50 s bei C. Roth, Hofstr. 26-28 **Otto Fischer, Karlsruh. 74** **Willy Baum, Werderstr. 27.** **Em. Denny, Kaiserstr. 11** **W. Tscherning, Wallestr. 19** sowie in allen Apotheken 74 in Wülzburg: **Eranth-Droge.** in Dürmersheim: **J. Glöckl.**

Erfinder!

Rat und Hilfe durch **Patentbüro Villingen 22 Tel. 159**
15 Jahr. Erfahrungen

ACHTUNG

Sammeln Sie die in jeder Wylber-Schachtel liegenden runden Prospekte mit der Abbildung der **BONBONNIERE**. Ver 20 dieser Prospekte aneinander erhält eine reizende Bonbonniere gratis. Verlangen Sie überall **W Y B E R T** **REKLAME-MARKEN** in allen Apotheken & Drogerien und Wylber-Bonbonnieren für Mk. 1. erhältlich

Beleidigungs-Zurücknahme.

Der Unterzeichnete nimmt die gegen den **Ludwig Fröhlich** gemachten Auslagen zurück. 6748
Dürmersheim.
Georg Sakner

Wir verkaufen

während unseres Inventur-Verkaufes

Ulster :: Paletots

Anzüge, Sport-Anzüge, Hosen

zu

bedeutend reduzierten Preisen

und gewähren dennoch, wie auch auf alle anderen Waren

6750

doppelte Rabattmarken

Herren-Geh- und Auto-Pelze zum Teil bis zur Hälfte des seitherigen Preises.

Spiegel & Wels

Pfänderversteigerung.

Am Mittwoch, 21. Jan. 1914, vorm. von 9 Uhr u. nachmittags von 2 Uhr an, findet im Versteigerungslokal des Versteigerungsamtes, Schwabenstr. 6, 2. Stod, die öffentliche Versteigerung der verfallenen Pfänder Nr. 9844 bis mit Nr. 12281 gegen Barzahlung statt. Das Versteigerungslokal wird 1/2 Stunde vor Versteigerungsbeginn geöffnet. Die Kasse bleibt am Versteigerungstag sowie am Nachmittags des vorhergehenden Tages geschlossen. 6642
Karlsruhe, 10. Januar 1914.
Städt. Pfandleihkasse.

Eichene Schlafzimmer-Einrichtung

mit 130 breitem Spiegel-schrank wird für Mk. 295. - abgegeben. 6886
Waldstraße 22.

Fertige Betten und Matratzen, sowie auch alle Zubehörtelle kaufen Sie vorzuziehend im **Kaufhaus Zapf** Zell a. H.

Klavier-Material.

Konkretorisch geb. Fräulein erteilt gründl. Unterricht für Anfänger und Fortgeschrittene bei mäß. em Honorar. Näh. Mondstraße 2, 2. Stod. 6752

Apfel!

Kleine Italiener 6890
3 Pfund 25 Pfennig
10 70
Karl Gasser, Obsthandlung, im neuen Kaiserhof.

Kinderliegewagen.

bill. zu verkaufen. **Schillerstr. 36, 4. St.**
Eis. Kinderbett, erhalten billig zu verkaufen. **Kurvenstr. 13, 3 links.**

Metropol-Kino

Die Ehre gerettet!

Fesselndes Schauspiel aus den Bergen in 2 Akten. 6751

Bubi amüsiert sich!

sowie das übrige, diesmal hervorragend und vorwiegend humoristische Programm.

2 Maskenkostüme

(Tyrolerin und Margerit) wegen Todesfall billig zu verkaufen. **Durlacherallee 45, D. 3, rechts**

ES-Baß

gut erhalten, sehr billig zu verkaufen. **Humboldtstraße 32, 3. St.**

Kind

wird in Pflege genommen. **Gewürzstraße 56, Df. 2. St. rechts.**

Stuhlflucherei

Sainger, Marienstr. 75, 4.

Belzjelle.

Sagen, Ragen, Nebfelle und dergl. werden sauber und billig gegerbt, ebenso werden Vögel aller Art präpariert und ausgestopft. **Balth. Bindel, Zentnern, 5 Bruchfal.**

Probiere rasieren, ohne studieren,
nur zwei Minuten und der Bart ist ab!



Sicherheits-Rasier-Apparat
(Gesetzl. geschützt) „AMATO“ (Gesetzl. geschützt.)

mit 6 zweischneidigen Stahlklingen (12
Schneiden), glashart und dünn, haarscharf,
tadellos schneidend, passend für schwachen
und starken Bart.

Bequemer, praktischer und
billiger Apparat.

steht den teuren Apparaten an Schneide-
fähigkeit nicht nach und macht sich in
kurzer Zeit bezahlt.

Auch ganz Ungeübte

können sich ohne Vorübung schnell und ge-
fahrlos rasieren, da durch die Schutzvor-
richtung jede Verletzung ausgeschlossen ist.

Nr. 189. Mit ausführlicher Gebrauchs-
Anweisung.

Preis kompl. nur Mk. 2.25 franko.

Ersatz-Klingen dazu per Stück 25 Pfg.

Schärfe abgenutzter Klingen per Stück
10 Pfg. Große Auswahl von Rasier-

messern und Rasierapparaten in jeder Preislage; alle Rasierutensilien, wie Näpfe,
Pinsel, Streichriemen, Seifen, Abziehsteine etc. (Ueber 100 verschiedene Sorten.)

Versand
unter Nachnahme oder gegen Voraus-
zahlung des Betrages.

Garantieschein:
Nichtgef. llende Waren tausch. wir bereit-
willigst um od. zahlen den Betrag zurück.

Gebrüder Rauh Gräfrath 160
bei Solingen.

Stahlwarenfabrik und Versandhaus ersten Ranges. — Versand direkt an Private.

Wir bieten Ihnen besondere Vorteile, verlangen Sie
umsonst und portofrei unseren grossen illustrierten Pracht-
Katalog, welcher zirka 10.000 Gegenstände aller Waren-
gattungen, speziell Solinger Stahlwaren, sowie auch
Fastnachts-Scherzartikel, in grösster Auswahl enthält.
Hunderttausende Kunden. — Viele tausende Anerkennungs schreiben über
Güte und Qualität unserer Waren.
Bei allen Aufträgen Extra-Vergünstigungen.



Inventur- Ausverkauf

15% Rabatt

auf alle regulären Waren
mit Ausnahme einiger
Marken-Artikel, Kurz-
waren und Garne.

Außerordentlich
günstige Einkaufsgelienheit.

Paul Burchard

Kaiserstrasse 143.

6745

Saison-Ausverkauf!

Um meine Läger rasch zu räumen, gewähre ich auf

sämtliche Artikel

10 bis 50% Rabatt

wie Damen-Mäntel schwarz und farbig, Kostüm-
Kleider, Röcke, Blusen etc. :- :- :- :-

Damen- und Kinder-Hüte bis 75% unter Preis.

Herren- und Knaben-Anzüge, Ulster, Paletots,
Pelerinen, Bozener Mäntel, Lodenjoppen etc.,
Damen- und Kinder-Leibwäsche. :- :- :- :-
Verkaufsstelle der gestrickt. Knaben-Anzüge „Murrha“.

Kaufhaus A. Decker Freund & Co.

Fcke Gaggenau an der
Schulstrasse Brücke.

6718

Die Nummern
**79, 119, 124,
136, 150, 153**

des „Volkshofes“
werden gegen Vergütung gesucht.
Abzugeben in der Expedi io .

Brennholz,

vorzügliches Hartholz, per Str.
1 Mt., ab Holzhof fort-
während zu haben. Bei Mehr-
abnahme Preisermäßigung.

Süddeutsche Fournierfabrik
Werberstr. 7/9 Teleph. 1617

Verblüffend wirkt

Firmit

das moderne selbsttätige
Waschmittel.

Gar. unschädlich.
Überall zu haben.

P. H. Schrauth Neuwied

Preis pro 1/2 t-Paket nur 25 Pfg.

Arbeiter-Bildungs-Verein (e.V.)

Montag, den 19. Januar, abends 8 1/2 Uhr, in unserem
Saal Wilhelmstrasse 14,

Vortrag (mit Lichtbildern)

des Herrn Kanzleirat Franz Kaefer

„Der Nutzen des Tierschutzes“.

Der Besuch des Vortrages ist unentgeltlich. Gäste, auch
jugendliche, sind willkommen. (6763) Der Vorstand.

Tanz- Bergnügen

finden am Sonntag, den 18. Januar 1914,
in folgenden Lokalen statt:

Saalbau, Karl Densching, Gottesauerstrasse.
Gottesauer Schloßle, Otto Köllisch, Durlacher
Allee.

General Degenfeld, Leonh. Bronner, Degenfeld-
strasse.

Grüner Berg, Karl Dittus, Kaiserstrasse.

Rähringer Löwen, A. Roth, Adlerstrasse.

Ritter, Joh. Diez, Kronenstrasse.

Goldener Kopf, Karl Scherte, Markgrafenstrasse.

Walhalla, Gustav Stuh, Fugartenstrasse.

Karlshaus, Aug. Mang, Akademiestrasse.

Württembergischer Hof, Karl Reiche, Uhländstrasse.

Drei Linden, Peter Früh, Rheinstrasse.

Stadt Karlsruhe, Hermann Eitz, Rheinstrasse.

Westendhalle, Faber Marzluff, Rheinstrasse.

Krone, August Schwall, Durlanden.

Schwarzer Adler, Karl Vajser, Durlanden.

Hirsch, Leo Schneider, Durlanden.

Festhalle, Alex. Kornmüller, Rüppurr.

Getragene u. neue
Herren- und Damenkleider
Weißzeug, Uhren, Möbel

kauft man am allerbilligsten
und besten bei der altbekanntesten
Firma 6918

R. Waier,
Markgrafenstrasse Nr. 16.

Abführ-Tee

„Frangula-Tee“ Karte konserviert
bestbow. Hansmittel à 50 Pfg.
Drog. O. Mayer, Wilhelmstr. 20.

Umzüge mit neuen Möbel-
wagen und Rollen (bei Re en
gedachte Rolle) beizogt billig
6910 Karl Muffinger,
Sellingstr. 3a. Telephon 5565.

Pfannkuch & Co

Mageres
Dörrfleisch
pro Pfd. 1.05 Mk.

Echte
Frankfurter
Würstel
per 3 Paar 75 Pfg.

Sauerkraut
Pfund 6 Pfg.
10 Pfd. 55 Pfg.

Linien
per Pfd. 15.20,
25 u. 30 Pfg.

Pfannkuch & Co

Herrenkleidstoffe
Ulsterstoffe
Paletotstoffe
Loden- u. Kostüm-
stoffe etc.

find enorm billig abgegeben.
Kaiserstr. 133
1 Trepp hoch.